Geniessen Sie stilvolle Gartenmöbel & Grills!
GardenLiving
FURNITURE & BBQ
Gufenhaldenweg 4, 8708 Männedorf
Tel. 044 790 42 35/076 573 22 75
www.gardenliving.ch/info@gardenliving.ch
Offen: Di.–Fr. 10–12/14.00–18.30 Uhr
Sa. 10.00–16.00 Uhr

Freitag, 10. Juli 2015 | Nr. 28 | 57. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

STANDORTBESTIMMUNG DER SVP SCHWEIZ AN DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN KERNS OW

Asylchaos wegen politischer Unfähigkeit in Bern

Die SVP Schweiz hat sich an ihrer Delegiertenversammlung vom vergangenen Samstag in Kerns den grossen Problemen im Asylbereich gewidmet. In einem begeisternden Referat stellte der Zürcher Nationalratskandidat und Weltwoche-Chefredaktor Roger Köppel fest, dass die Schweiz asylpolitisch in die falsche Richtung marschiert. Die Attraktivität für illegale Migration wird laufend ausgebaut. Bundesrat und Justizdepartement weigern sich, das Asylrecht anzuwenden. Im Vollzug herrschen Missstände. Die Anerkennungsquoten sind so hoch wie nie. Die Rückführung abgewiesener Asylbewerber bleibt aus. «Nicht das Elend der Welt, politische Unfähigkeit in Bern treibt die Asylzahlen in die Höhe», sagte Köppel unter dem Applaus der Delegierten.

ZB. Parteipräsident Toni Brunner stellte fest: Die Asylpolitik läuft momentan komplett aus dem Ruder. Da nützt es auch nichts, wenn Bundespräsidentin Sommaruga das traditionelle «Bundesratsreisli» dazu missbraucht, sich gut inszeniert von Asylsuchenden das Essen schöpfen zu lassen. Hätte sich der Bundesrat die Mühe genommen, tatsächlich an die neuralgischen Punkte zu reisen (statt Risottoplausch in Bellinzona hätte man im Tessin ja auch die prekären Verhältnisse an der Südgrenze in Chiasso besichtigen können), hätte er den grossen Unmut der Bevölkerung wohl eher mitbekommen. In den Kantonen und Gemeinden herrscht nämlich eine immer grössere Unzufriedenheit über das zunehmende Asylchaos, das sie auszubaden haben. Das Departement Sommaruga sowie die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren sind unfähig, die sich stellenden Probleme zu lösen. Ihr einziges Rezept ist, neue und zusätzliche Zentren für Scheinasylanten zu eröffnen, statt die operative, harte Arbeit der Durchsetzung der verschärften Asylgesetzgebung an die Hand zu nehmen. Der Zentralvorstand hat deshalb einstimmig beschlossen, die Kantonal- und Ortssektionen aufzufordern, in ihrem Bereich Widerstand gegen die Eröffnung immer neuer Asylzentren und die Zuteilung zusätzlicher Asylbewerber zu leisten. So soll auch im Kanton Obwalden (in Sarnen) ein weiteres neues Asylzentrum mit 200 Plätzen eröffnet werden.

Roger Köppel sagte unter anderem in seinem Referat: *Obschon die Schweiz bereits heute hinter Schweden Platz zwei unter den attraktivsten Asylländern Europas einnimmt, unternehmen die Behörden nichts gegen die illegalen Migranten. Der oberste Flüchtlingsbeauftragte des Bundes, Mario Gattiker, erklärte auf Radio SRF letzte Woche, eine seiner wichtigsten Prioritäten sei die Verbesserung der Infrastruktur zur Integration von Somaliern. Die Zeichen stehen auf Öffnung. Man ist bestrebt, die Aufnahmefähigkeit der Schweiz für Armutsmigranten aus Afrika nach Kräften zu verbessern.*

Sinnbild der politisch gewollten Misere ist Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga. Die Justizministerin lässt jeden Willen vermissen, den Realitäten ins Auge zu sehen. In mehreren Interviews mit ihr wohlgesinnten Fernseh-Journalistinnen steht sie offen zu ihrer Haltung, die vom Souverän in zwei Gesetzesrevisionen seit 2006 geforderte Verschärfung des Asylrechts zu missachten.

Grenzen der Aufnahmefähigkeit sieht sie nicht. Über Missbräuche will sie nicht reden. Es sei viel wichtiger, so Sommaruga gegenüber der «Rundschau», dass die Schweiz «offen» und «solidarisch» bleibe. Es brauche jetzt vor allem «sichere Wege übers Mittelmeer», beteuerte sie in der Romandie. Italiens Ministerpräsident Renzi versprach sie bereits, auch die Schweiz werde sich an den «internationalen Flüchtlingskontingenten» beteiligen. Das auf Kosten der Steuerzahler grosszügige Fazit der Bundespräsidentin: «Alle, die unseren Schutz brauchen, sollen in der Schweiz bleiben können.»

Ist es Unwissenheit? Ist es Vorsatz? Sommarugas Aussagen laufen auf einen Aufruf zum grossräumigen Rechtsbruch hinaus. Tatsache ist: Das schweizerische Asylrecht wurde im Gefolge der Völkermorde des letzten Jahrhunderts geschaffen für Leute, die aus politischen Gründen direkt an Leib und Leben bedroht sind. Blosse Kriegsflüchtlinge, Bürgerkriegsflüchtlinge oder Leute, die einer aussichtslosen sozialen und wirtschaftlichen Situation entfliehen wollen, gelten nicht als asylberechtigt. Man kann das ungerecht finden, aber so will es das Gesetz – sowohl in der Schweiz wie auch in der Europäischen Union.

Bundespräsidentin Sommaruga behauptet im Fernsehen, 50 Prozent der aus Nordafrika aufbrechenden illegalen Migranten seien asylberechtigte Flüchtlinge nach Genfer Konvention. Ihr oberster Flüchtlingsdiplomat, Mario Gattiker, bestätigte diese Zahl auch gegenüber dieser Zeitung. Es ist eine dreiste Lüge.

Die Realität ist: In Nordafrika steigen illegale Wirtschaftsmigranten an Bord. Es sind Leute, oft junge Männer, welche die Krisenregionen längst hinter sich gelassen haben. Diese illegalen Auswanderer sind, wenn sie es denn je waren, nicht mehr an Leib und Leben bedroht. Ihr Motiv ist ein besseres Leben. Das ist verständlich, aber eben nicht legal. Laut UNO sind weltweit 230 Millionen Migranten unterwegs. Nur 16 bis 20 Millionen davon, nicht einmal 10 Prozent, seien echte Flüchtlinge. Wer in Nordafrika ein Boot besteigt, ist definitionsgemäss nicht mehr asylberechtigt.

Die Stimme der Delegierten war eindringlich: Stoppt endlich das Asylchaos.

98 Prozent landen erfolgreich in Europa

Nicht die Ärmsten und Verfolgten drängen auf die Kähne. Es sind die Bessergestellten und relativ Wohlhabenden, die Tausende von Franken bezahlen, um die Schlepperdienste in Anspruch zu nehmen. Gewiss: Es ist tragisch und aufwühlend, dass für rund 2 Prozent die Überfahrt tödlich endet. Entscheidend aber ist die Tatsache, dass der überwiegende Anteil von 98 Prozent der Reisenden erfolgreich auf dem europäischen Kontinent anlanden.

Fortsetzung auf Seite 5

WIDERSTAND GEGEN DAS ASYLCHAOS

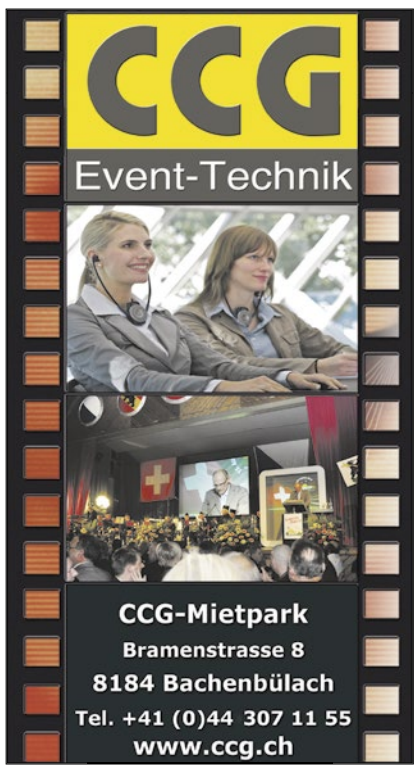
Aufruf an die SVP-Sektionen

Der Zentralvorstand der SVP Schweiz stellt einen grossen Unmut in den Kantonen und Gemeinden über das zunehmende Asylchaos fest. Die Bundesbehörden sowie die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren sind unfähig, die sich stellenden Probleme zu lösen. Ihr einziges Rezept ist, neue und zusätzliche Zentren für Scheinasylanten zu eröffnen, statt die operative, harte Arbeit der Durchsetzung der verschärften Asylgesetzgebung an die Hand zu nehmen. Der SVP-Zentralvorstand hat deshalb einstimmig beschlossen, die Kantonal- und Ortssektionen aufzufordern, in ihrem Bereich systematisch Widerstand gegen die Eröffnung neuer Asylzentren und die Zuteilung zusätzlicher Asylanten zu leisten.

SVP. Das Führungsgremium der SVP Schweiz hat folgende Beschlüsse gefällt:

Die SVP-Verantwortlichen in den Kantonen und Gemeinden werden aufgefordert, systematisch die Sicherheit und die Interessen der Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen. Eine Umverteilung der Lasten vom Bund auf die Kantone und Gemeinden ist überall konsequent zu bekämpfen. Der Verteilung der Asylsuchenden auf neue Gemeinden und Standorte ist von der SVP in jeder betroffenen Gemeinde entschieden entgegenzutreten. In den kantonalen Parlamenten ist mit Vorstössen Widerstand gegen eine Umverteilung der Lasten von oben nach unten zu leisten. Die Regierungen haben sich in den interkantonalen Gremien und gegenüber dem Bund für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Ebenso sind die Vollkosten der verfehlten Asylpolitik mit Vorstössen und Anfragen endlich transparent zu machen.

Die Vertreter der SVP auf Bundesebene werden aufgefordert, sich konsequent für rasch wirksame Massnahmen einzusetzen. Ein Asylmoratorium im Dringlichkeitsrecht, die Sicherung der Grenze gegen illegale Einwanderung, wenn nötig mit Hilfe der Armee, sowie geschlossene Zentren zur Senkung der Attraktivität und zum Kampf gegen Missbräuche sind umgehend durchzusetzen.



Christoph Mörgeli

Zahlen und Maul halten

Liechtenstein macht es besser: Für das Fürstentum hat ein Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) «keine Priorität». Nach einer Kosten-Nutzen-Analyse kam Vaduz zum Schluss, die Beitrittskosten von 50 Millionen Dollar klüger auszugeben. Die Schweiz macht es schlechter: Der Bundesrat drängte bereits 1992 in den IWF. Ja, er war durch die positive Volksabstimmung so euphorisiert, dass Bundesbern noch vor der EWR-Abstimmung in Brüssel den EU-Beitritt beantragte. Ablehnende Stimmen wie jene von Währungsspezialist Kurt Schiltknecht (SP) oder der SVP verhallten ungehört. Internationalismus und angebliches Mitreden waren Trumpf. So unterstellten wir uns einem Währungsfonds, der wie alle UNO-Gremien von den Grossmächten nach Belieben dominiert wird. Die Schweiz darf in ihrer Ländergruppe Aserbaidschan vertreten (von wo unser Aussenminister mitunter persönlich Asylbewerber einfliegt). Und zudem Kirgisien, Polen, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Auch unter dem Mikroskop ist ein homöopathischer Schweizer Einfluss im Währungsfonds nicht zu erkennen. Der IWF hat sich zur Kreditmaschinerie für überschuldete Staaten entwickelt. Die Schweiz ist Teil davon und zum Mitzahlen gezwungen. Der negative Höhepunkt heisst Griechenland. 26 Milliarden US-Dollar hat der Währungsfonds bislang für die Hellenen investiert – das grösste Debakel seiner Geschichte. Jetzt jammert die «NZZ am Sonntag», die Schweizer Bedenken seien 2010 nicht angehört worden. Naiver geht's nicht. Wer am Katzentisch sitzt, kann nicht wie ein Löwe brüllen.
Dafür rügt der IWF die Schweiz, ihr Finanzplatz sei zu wenig reguliert, und mischt sich in die Geldpolitik unserer Nationalbank ein. Man will, dass auch wir mit der Kreditkarte unserer Kinder leben und Kredite verteilen, die wir ebenso gut in die nächste Pfütze werfen könnten. Laut Bundesrat handelt es sich bei den Hilfspaketen nicht um Geld aus der Staatskasse. Wie wenn eine Garantie fürs Volksvermögen der Nationalbank besser wäre. Schon die Personalien der IWF-Direktoren mahnen zur Vorsicht: Madame Lagarde schaut, dass französische Banken nicht zu Schaden kommen. Strauss-Kahn war spezialisiert auf New Yorker Zimmermädchen. Und Horst Köhler hat sich ernsthaft überlegt, für 300 000 Euro Lobbyistendienst für das kasachische Despotenregime zu leisten.

UNSERE MEDIEN: NICHTS SEHEN, NICHTS HÖREN UND NICHTS SCHREIBEN

Die Brandstifter sitzen in Bern und Zürich

Der «Tages-Anzeiger» bezeichnet mich und die SVP als Brandstifter, weil wir auf die massiven Missstände im Asylwesen hinweisen und das wachsende Unbehagen der Bevölkerung aufnehmen.

Toni Brunner
Nationalrat SVP
Parteipräsident
SVP Schweiz

Der «Tages-Anzeiger» bezeichnet mich und die SVP als Brandstifter, weil wir auf die massiven Missstände im Asylwesen hinweisen und das wachsende Unbehagen der Bevölkerung aufnehmen. Hier werden aus politischem Kalkül bewusst Ursache und Wirkung verwechselt. Die Verantwortung für die zunehmenden Spannungen im Land tragen jene Politiker, welche die bestehenden Gesetze nicht anwenden und Medien, die vor den Missständen die Augen verschliessen und der Bevölkerung Fremdenfeindlichkeit einreden.

Die SVP hat in den vergangenen Jahren hunderte von Vorschlägen, Anträgen und Vorstössen zu einer Verbesserung der Situation im Asylwesen präsentiert. Ihre Linie ist klar: An Leib und Leben bedrohte und verfolgte Menschen sollen in der Schweiz Asyl erhalten. Die heutige Masseneinwanderung über die Asylschiene von Menschen aus Krisenregionen und Personen, welche sich hier ein besseres Leben erhoffen, hat jedoch nichts mehr mit dem bisherigen Asylbegriff zu tun.

In diesem Sinne sind Missbräuche und Fehlanreize zu unterbinden. Tun wir dies nicht, steigt die Attraktivität von lebensgefährlichen Schlepperfahrten über das Mittelmeer weiter.

Verantwortlichkeiten sind klar

Während vier Jahren trug mit Christoph Blocher ein SVP-Vertreter die Verantwortung für das Asyldossier im Bundesrat. Die tiefsten Asylzahlen der vergangenen 20 Jahre waren die Konsequenz. SVP-Bundesrat Christoph Blocher wurde vom Parlament abgewählt.

Die konkreten und detaillierten Vorschläge der SVP zu Gesetzesrevisionen, zu einem verbesserten Vollzug oder zu Verfahrensänderungen werden von den übrigen Parteien regelmässig abgeblockt und neuerdings gar nicht mehr diskutiert. Die Verantwortung für das aktuelle Asylchaos hat die SVP also nicht zu übernehmen, sonst soll man ihr diese Verantwortung auch übertragen. Wir sind bereit dazu.

Die Verantwortung für die von der Bevölkerung zunehmend als unhaltbar wahrgenommenen Zustände tragen vielmehr der Bundesrat und seine Verwaltung, welche die bestehenden Gesetze nicht vollziehen sowie die anderen Parteien, welche die Probleme aussitzen und auf die nächste Reform verschieben, die dann wiederum nicht umgesetzt wird.

Gesetze werden nicht vollzogen

Der klare Volksentscheid, dass Wehrdienstverweigerung kein Asylgrund sein soll, wird von den Behörden missachtet. Dies wiederum wird von jenen Politikern, welche das Gesetz im Parlament gemacht haben, stillschweigend geduldet. Als Folge davon liegen Asylbewerber aus Eritrea seit Monaten an der Spitze der Statistiken.

Sie landen zu über 90 Prozent in der Sozialhilfe und belasten früher oder später die Finanzen der Gemeinden brutal. Ein weiteres Beispiel sind Ferienreisen von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in ihre Heimatländer, in denen sie angeblich verfolgt werden. Die SVP hat die Korrektur dieses offensichtlichen Missbrauchs bereits vor einiger Zeit mit einem parlamentarischen Vorstoss ausgelöst. Angewendet werden die eigentlich vorhandenen, restriktiveren Bestimmungen von den Behörden aber offensichtlich nicht.

Behördlicher, nicht ziviler Ungehorsam

Vor diesem Hintergrund entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass die Medien der SVP vorwerfen, sie rufe nun zu zivilem Ungehorsam auf. Wir erleben derzeit in Tat und Wahrheit einen Zustand von behördlichem Ungehorsam. Geltendes Recht wird nicht mehr vollzogen, rechtswidrige Zustände wie die Nichtanwendung des Dublin-Abkommens einfach hingenommen. Was den Bundesrat und seine Verwaltung anbetrifft, hat die Bevölkerung keine Sanktionsmöglichkeiten zur Korrektur dieses offensichtlichen Fehlverhaltens. Die SVP ruft hingegen nicht zu zivilem Ungehorsam auf, sondern zum politischen Handeln auf allen Stufen.

Es brodelt an der Basis

Wut und Resignation über die Untätigkeit und das Versagen der Politik steigen. Die Voten an Infoveranstaltungen und Gemeindeversammlungen, wenn es um neue Asylzentren geht, sind keine Ausreisser, sondern repräsentativ für die Stimmung in der Bevölkerung. Würde der Bundesrat sich mehr in der Bevölkerung bewegen, bekäme er dies ohne weiteres mit.

Eine problematische Rolle spielen dabei aber auch jene Medien, welche Probleme negieren und kritische Stimmen vorschnell als fremdenfeindlich abtun. Aus den Sesseln von Verwaltungsgebäuden und Redaktionsstuben lässt es sich bequem den grosszügigen Gutmenschen auf Kosten anderer markieren. Derweil brennt es in der breiten Bevölkerung bereits lichterloh.

Zitat

SP auf Geisterfahrt

Die SP will in die EU und eiert bei der Euro-Frage herum – sagt, wir müssten den Euro bei einem Beitritt nicht übernehmen. Und will den Franken an den Euro anbinden. Das ist eine währungspolitische Geisterfahrt. EU und Euro sind intellektuelle Fehlkonstruktionen. Der Griechen-Bankrott zeigt dies schonungslos.

SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli in einem Interview mit dem «Blick».

NACH DEM NEIN DER GRIECHEN

Griechische Pleitegeier auf dem Dach von Euro und Demokratie

Es braucht keine langen Analysen, von denen es genug zu lesen gibt, wenn man das griechische Euro-Drama auf den Brüsseler Punkt bringen will: Was sich die Institutionen, also EU, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) geleistet haben, lässt sich nicht mehr mit dem Demokratiedefizit erklären: Es ist Anti-Demokratie.

Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich

Es ist ein ungeheuerlicher Vorgang: Da mischte sich die Kommission der EU mit ihrem Präsidenten Jean Claude Junker ein in die Kampagne des griechischen Referendums, auch mit der Anmassung, Alexis Tsipras (allerdings erfolglos) zu nötigen, sich zu verleugnen und für ein «Ja» einzutreten; auch andere Akteure in der EU versuchen sich mit einer Angst-Kampagne (dem Fluch der erfolglosen Keule) den Wählern aufzudrängen; und die EZB macht die Manipulation perfekt: Zwar werden die Notkredite nicht eingestellt (was zu grössten Spannungen geführt hätte), sondern sie deckelt sie bei 89 Milliarden. Der Effekt durch die Hintertüre ist, dass so kaum mehr Euros in Griechenland bezogen werden konnten: Leere Bankomaten und die Kapitalverkehrskontrollen waren geeignet, mit der Angstkampagne dafür zu sorgen, dass die Nein-Mehrheit schwand – aber selbst das reichte nicht.

Euro: das «Alte Haus von Rocky Docky»

Mit dem Euro ist das wie mit dem «Alten Haus von Rocky Docky». Der Grusel-Text heisst: «Es zittert es bebt und es hat viele Türen, doch nicht eine führt hinaus.» Genau so ist der Euro konzipiert. Es soll eine unumkehrbare Integration sein, ohne Austrittsmöglichkeit (eigentlich). Das ist eine würgende Klammer, mit der man auch die EU-Mitgliedschaft unumkehrbar machen will. Das bestätigt Angela Merkel mit dem Satz «scheitert der Euro, scheitert Europa» – sei es bewusst oder sei es unbewusst als freudsche Fehlleistung aus dem Unterbewussten.

Das «OXI» löste in Brüssel zunächst Schockstarre und Sprachlosigkeit aus: So etwas «Freches» ist ja ungeheuerlich, denn noch immer hatte man es fertiggebracht, die Demokratie zurechtzubiegen: In Deutschland hatte man angesichts der sicheren Ablehnung einer Aufgabe der «Mark» gar nicht erst über den Euro abgestimmt und mit dem der Währungsunion zugrundeliegenden «Maastricht-Vertrag» hat Brüssel schlicht Glück gehabt: Mit einem Zufallsmehr von 51 Prozent in Frankreich; und in Dänemark kam es nach der Ablehnung des Vertrages zum Rückspiel mit dem Opting Out betreffend der Euro-Einführung, um Maastricht mit diesem Klimmzug ins Trockene zu bringen und den Euro doch noch ohne Dänemark einführen zu können – ein Euro wohlgemerkt, der überhaupt nicht in die europäische Landschaft passt mit den divergierenden Mentalitäten in den unterschiedlichen Ländern.

Unbelehrbare und ignorante Enthusiasten

Gewissermassen als «Blutopfer» musste der griechische Finanzminister Janos Varoufakis hinhalten: Er wirbelte die schicke Nomenklatura in Brüssel mit seinen unangepassten Auftritten derart durcheinander, dass Brüssel offenbar seinen Kopf forderte, wenn man weiter Sitzungen mit den Griechen abhalten wollte: ein schlechtes Omen.

Wer nach wie vor dem Euro das Wort redet, hat immer noch nichts aus der Geschichte gelernt: Das Drama begann damit, dass man Griechenland aus Prestigegründen in den Euro holte, obschon es die dazu notwendigen Konvergenz-Kriterien (Verschuldung und Inflation) nicht erfüllte und diese allenfalls mit geschönten Bilanzen vorgaukelte. Im Prestigewahn blind, liess sich Brüssel (bewusst) mit offenen Augen über den Tisch ziehen.

Nach dem wuchtigen «OXI» der Griechen benimmt sich die EU – allen voran Angela Merkel und François Hollande – unbeirrt so, als ob die Hellenen Ja zum Euro-Diktat gesagt hätten. Nicht überraschen würden Gedankenspiele, die Griechen monetär noch ganz auszuhungern, um so das Volk gegen die Regierung aufzubringen. Das aber wären revolutionäre oder gar bürgerkriegsfreundliche Intentionen. Anders sieht es aus, falls es Alexis Tzipras darauf ankommen lassen will: Wenn die Regierung in Athen im Grunde den «Grexit» als ökonomisch vernünftige Lösung gegenüber politischen Prestigeambitionen sieht – das Volk aber emotional den Euro behalten möchte – dann könnte man dafür die EZB verantwortlich machen.

Verkehr: Leuthard will die totale Überwachung

Die Verkehrsministerin Doris Leuthard scheint keine Skrupel zu kennen. Sie will in Zukunft flächendeckend Daten zum Verkehrsverhalten der Schweizer sammeln, um das wachsende Verkehrsaufkommen besser steuern zu können. Doch es geht eher darum, den Autofahrer noch mehr büssen zu können.

SVP. Mit dem Sammeln solcher Daten und Informationen wird es möglich sein, ein vollständiges Bewegungsprofil eines jeden Verkehrsteilnehmers zu erstellen – der gläserne Bürger lässt grüssen.

Die Überwachung und Fichierung des Bürgers zur besseren Steuerung des Verkehrsflusses dient dabei nur als Vorwand für eine noch schlimmere Idee aus dem Departement von Frau Leuthard: Der Installation von Mobility Pricing, oder auf Deutsch gesagt der Einführung mittelalterlicher Strassenzölle, mit welchen die Autofahrer noch mehr abgezockt werden sollen. Dabei gäbe es eine viel einfachere und bessere Lösung. Der Ausbau unserer Strassen, damit wir auch in Zukunft freie Fahrt haben!

AUS DEM KANTONSRAT

Der Kanton muss Kosten, nicht Leistungen kürzen

Der Geschäftsbericht 2014 der Zürcher Regierung hat im Kantonsrat am Montag viel zu reden gegeben. Der Aufwandüberschuss liegt bei 123 Mio. Franken.

Margreth Rinderknecht
Kantonsrätin SVP
Wallisellen

Zu Beginn der letzten Sitzung des Kantonsrates standen die Rechenschaftsberichte des Obergerichtes, des Verwaltungsgerichtes und des Sozialversicherungsgerichtes zur Debatte. **Hans-Peter Amrein** kritisierte die unterschiedlichen und zum Teil nicht mehr ganz aktuellen Webseiten von einigen Bezirksgerichten, worauf sich Obergerichtspräsident Rolf Naef rechtfertigte, er versprach Besserung, dort wo sie nicht schon geschehen sei. Der Rat genehmigte die drei Rechenschaftsberichte. Dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtes, dem Grünen Iso Schumacher, war offenbar nicht klar, dass die Berichte immer unmittelbar vor den Ferien abgenommen werden. Er kam zu spät, bemängelte, keine Einladung bekommen zu haben und konnte nichts zum vergan-genen Jahr sagen, da er den Bericht seit Anfang Jahr nicht mehr gelesen habe.

Eine schwarze oder eine rote Null?

Zur Debatte stand weiter die Genehmigung des Geschäftsberichtes 2014 des Regierungsrates. Die Arbeit der Regierung wurde von der Finanzkommission, der Geschäftsprüfungskommission und der Justizkommission begutachtet und dem Rat in einem Bericht zur Abnahme empfohlen. Die Geschäftsprüfungskommission möchte künftig genauer hinsehen bei direktionsübergreifenden Geschäften. Von allen Aufsichtskommissionen kam Lob für motivierte und engagierte Mitarbeitende in den Verwaltungen.

Die Erfolgsrechnung 2014 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 123 Mio. Franken ab. Das Budget rechnete mit einem Ertragsüberschuss von 57 Mio. Franken. Damit fällt das Rechnungsergebnis um 180 Mio. Franken schlechter als budgetiert aus. Während die Direktionen und die Staatskanzlei (ohne finanzielle Leistungsgruppen) ebenso wie Behörden, Rechtspflege und Anstalten besser abschliessen als budgetiert, bleiben sowohl die Steuererträge als auch andere finanzielle Leistungsgruppen hinter den budgetierten Werten zurück. Die Nettoinvestitionen in der Rechnung 2014 belaufen sich auf 441 Mio. Franken und liegen damit um 211 Mio. Franken unter den budgetierten Nettoinvestitionen von 652 Mio. Franken. Zwar fallen die Investitionsausgaben rund 190 Mio. Franken höher aus als budgetiert, die Investitionseinnahmen liegen jedoch rund 400 Mio. Franken über dem Budget, was massgeblich der Rückzahlung von Darlehen zuzuschreiben ist.

Regierungspräsident **Ernst Stocker** stand zum ersten Mal als Finanzdirektor gerade für Kantonsfinanzen: «Der Kanton Zürich ist ein Unternehmen, das für bald 1,5 Mio. Menschen sorgt. Wir sorgen tagtäglich für optimale Leistungen im Bereich der Mobilität, der Infrastruktur, der Bildung, des Gesundheitswesen – wir bezahlen jeden Monat Löhne aus in der Höhe von 350 Mio. Die Verschuldung hat abgenommen! Lassen Sie sich diesen Satz auf der Zunge zergehen, beim Lesen der Nachrichten aus Griechenland und der EU.»

Dank an Mitarbeiter in der Verwaltung

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen) sprach für die SVP: «Mit der Präsentation der Rechnung 2014 trat bei mir die totale Ernüchterung ein. Dem Leser des Geschäftsberichtes wird dies noch als gutes Resultat verkauft. Kürzungen oder Verschieben von Investitionen machen sich zwar gut in der Rechnung, haben aber langfristig eine verheerende Wirkung: Entweder verschlechtern oder verhindern sie eine Nutzung oder sie wären gar nicht nötig gewesen. Die Kosten, nicht die Leistungen müssen reduziert werden.» Sulser bedankte sich bei allen Mitarbeitenden, die sich engagiert für den Kanton einsetzten. «Wenn etwas nicht gut läuft, liegt es bei der Führung und nicht bei den Matrosen!» (siehe Kommentar)

Roger Liebi (SVP, Zürich) meldete sich als weiterer Sprecher für die SVP: «Ja, das Geld ist ausgegeben. Wir sollten uns Sorgen machen: wir haben in den letzten Jahren viele neue Fachkräfte aufgenommen, haben mehr Erwerbslose und Ausgesteuerte, die Ausgaben für den Sozialbereich sind um ein Viertel gestiegen, aber die Steuerkraft hat nicht massgebend zugenommen. Die Infrastruktur kommt in unserem Kanton an die Grenzen, und auch die Finanzen kommen an ihre Grenzen.» «Hören Sie auf, von Steuergeschenken zu reden», antwortete **Hans-Peter Amrein** (SVP, Küsnacht) einem AL-Mitglied. «Steuern sind das, was der Staat von den Bürgern fordert und einzieht! Wir sprechen ja auch nicht von Geschenken, wenn ein Dieb nicht restlos alles mitlaufen lässt, was er in einem Haus findet!» Mit 112:54 stimmte der Rat für die Ausschüttung von 5,3 Mio. des Kantonsspitals Winterthur an den Kanton. Der Geschäftsbericht des Regierungsrates wurde schliesslich einstimmig von 168 Ratsmitgliedern gutgeheissen.

Am Nachmittag standen zuerst drei Vorstösse aus der Redaktionskommission zur Debatte, also Vorstösse, welche zu einem früheren Zeitpunkt materiell bereinigt worden sind. Bei der Behandlung der PI von **Hans Heinrich Raths** (SVP, Pfäffikon) betreffend Reduktion der Grundbuchgebühren meldeten sich die Linken und wollten die PI in der 2. Lesung ablehnen, drohten gar mit dem Referendum. Zu hören war die alte Leier der Neider, welche glauben, die Liegenschaften und Grundstückeigentümer hätten alle noch eine Kiste Geld im Keller. **Hans Heinrich Raths** wehrte sich: «Wir wollen, dass die Gebühren für Grundbucheinträge, wo eine grosse Überdeckung besteht, zurückgefahren werden auf 1 Prozent des Verkehrswertes, gegenüber der heutigen 1,5 Prozent.» Bei der Schlussabstimmung kam das Geschäft mit klaren 104:58 durch.

Jährlich wiederkehrende Beiträge aus dem Lotteriefonds

Die Finanzkommission beantragt jährlich wiederkehrende Überträge aus dem Lotteriefonds an die Direktionen von Anfang 2016 bis Ende 2021. **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) meinte dazu: «Die SVP sagt Nein zum Antrag, jährlich einen Betrag von 77–87 Mio. (bisher 50–60 Mio.) aus dem Lotteriefonds zu entnehmen. Mittelfristig gefährdet die Erhöhung der jährlichen Entnahmen den Lotteriefonds. Wenn einmal nicht mehr so viel in den Fonds fliesst wie bisher, verliert der KR die Möglichkeit, weitere Beiträge zu sprechen, bisher waren dies 10–20 Mio. pro Jahr.» Der Vorstoss sieht vor, dass die Fachstelle Kultur statt 8,5 Mio. neu 23 Mio. bekommen soll, der Denkmalpflegefonds soll um 1 Mio. auf 9,5 Mio. erhöht werden. Die Beiträge, welche der Regierungsrat als Allgemeine Mittel verteilen kann, steigen von 10 auf 15 Mio. Die Bildungsdirektion soll 6 Mio. und die Volkswirtschaftsdirektion eine halbe Million bekommen, der Betriebsbeitrag an den Zoo bleibt bei 3,5 Mio. Sogar die Linken finden es schlecht, wiederkehrende Beiträge zu sprechen, denn mittelfristig könnten die Gelder nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Vermutung liegt nahe, dass dann der Staat die Beiträge übernehmen müsse oder werde. Alle Linken und die Mitteparteien sind aber eigentlich in Spendierlaune, vor allem die Filmstiftung finden alle absolut unterstützungswürdig. Sollten sich die Zeiten ändern, könne man auch in sechs Jahren wieder neu darüber befinden. Finanzdirektor **Ernst Stocker** erklärte, dass der Vorschlag eine Übergangslösung sei. Es gehe darum, dass die Zürcher den Kantonalen Lotteriefonds für sich selber beanspruchen sollten, bevor andere Kantone Bedarf für einen neuen Verteilschlüssel anmelden und dem Kanton Zürich noch vorhandene Mittel wegschnappen. Der Nichteintretensantrag der SVP hatte keine Chance – trotz Unterstützung der EDU – er wurde abgelehnt. Mit der Genehmigung der Ausgabenbremse wurden alle Teilbereiche der Vorlage genehmigt.

Geld für die Inlandhilfe und die Entwicklungszusammenarbeit

Der Regierungsrat will einen Kredit von insgesamt 24 Mio. für die Jahre 2015 bis 2017 sprechen und für beide Bereiche aus dem Lotteriefonds zusammen je 8 Mio. Franken pro Jahr sprechen. Die SP will den Mechanismus ändern, damit der Regierungsrat am Anfang der Legislatur nicht so unter Druck kommt, also Erhöhen auf 40 Millionen und Verlängern auf 5 Jahre. Jürg Sulser sprach als SVP-Vertreter der Finanzkommission und kündigte an, dass die Fraktion den Betrag zwar mittrage, aber nur, wenn explizit festgehalten werde, dass je 4 Mio. für die Inlandhilfe und für die Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt würden. Roger Liebi ging auf ein Votum einer Grünen ein, welche argumentiert hatte, dass die Inlandhilfe einem kleinen «Weltanteil» zukomme und darum die «Restwelt» mit 193 Ländern doch mindestens Anspruch auf den gleichen oder einen grösseren Anteil habe. «So weit kommt es noch, dass andere Staaten einen Rechtsanspruch geltend machen.»

Ernst Stocker ergänzte betreffend der Inlandhilfe und nationalem Finanzausgleich: «Wir schauen schon, in welchen Kanton wir Unterstützung schicken. Das Verhalten der Nehmerkantone gibt mir schon zu denken, und das hat schon Auswirkungen auf die Berücksichtigung von Kantonen; das Wichtigste sind sinnvolle und nachhaltige Projekte. Der Rat entschied sich für den Kommissionsantrag und für die Ausgabenbremse.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

Der Kantonsrat hat am Montag weiter ...

😐 … den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle über das Jahr 2014 genehmigt.

☺ … einer Einzelinitiative, welche einen Kredit für den Bau einer Unterführung Winterthurerstrasse in Uster (als Ersatz für den bestehenden Barrieren-Bahnübergang) verlangte, nicht unterstützt.

☺ … einer weiteren Änderung des Gesetzes über Controlling und Rechnungswesen zugestimmt. Damit muss die öffentliche Hand künftig ihre Rechnungen innerhalb von 30 Tagen bezahlen. Nur noch in Ausnahmefällen - etwa im Baugewerbe – soll es Zahlungsfristen von 45 Tagen geben.

6. Juli 2015

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Nur eine rigorose Sparpolitik führt zu den angestrebten Zielen

Jürg Sulser
Kantonsrat SVP
Otelfingen

Nach einigen Jahren, in denen der Ertragshaushalt des Kantons Zürich positive Zahlen darstellen konnte, respektive das letzte Jahr noch fast ausgeglichen war, trat mit der Präsentation der Rechnung 2014 die absolute Ernüchterung ein. Dies in einem Ausmass, welches wohl den objektivsten Betrachter noch überrascht hat. Anstelle eines budgetierten Ertragsüberschusses in Höhe von 57 Millionen CHF liegt das Verdikt bei einem satten Verlust von 123 Millionen CHF – also eine Abweichung von 180 Millionen CHF. Auf dem politischen Parkett wird dieses Ergebnis, gesamthaft betrachtet, noch als Meisterleistung verkauft, da mit unerwarteten Darlehensrückzahlungen von mehr als 300 Millionen CHF für das Jahr 2014 von einer positiven Selbstfinanzierung in Höhe von 31 Millionen CHF gesprochen wird.

Die Verschlechterung der Erfolgsrechnung 2014 gegenüber dem Budget ist in erster Linie auf Mindereinnahmen zurückzuführen. An erster Stelle rangieren die gegenüber dem Budget um fast eine Viertel-Milliarde tieferen Steuereinnahmen, gefolgt von einem Totalausfall der Gewinnausschüttung der SNB, die noch im Vorfeld, d.h. bei der Budgetierung mit 117 Millionen CHF prognostiziert wurde. Der fatalen Fehleinschätzung der Budgetverantwortlichen in diesen beiden Bereichen konnte vor allem die Gesundheitsdirektion positiv entgegenwirken. Diese hat in der Erfolgsrechnung eine positive Budgetabweichung von fast 150 Millionen CHF erwirtschaftet. Dies steht im krassen Widerspruch zum Wehklagen der Gesundheits- und Bildungsdirektion, das im letzten Dezember zu vernehmen war, als in der Budgetdebatte in diesen Direktionen Kürzungen beantragt, respektive diskutiert wurden. Die SVP-Fraktion wird in der diesjährigen Debatte über ein gutes Gedächtnis verfügen und mit aller Vehemenz darauf hinweisen, dass die beiden Direktionen im Regelfall über doch einige Reserven in ihren Budgetvorlagen verfügen.

In Bezug auf das Vorjahr ist zu sagen, dass der Aufwand im Jahre 2014 um 1,3 Prozent zugenommen hat. Demgegenüber steht eine äusserst bescheidene Zunahme des Ertrages um 0,7 Prozent. Somit ist die Kostenschere um weitere 85 Millionen CHF aufgegangen oder praktisch 233 000 Tausend CHF pro Tag. Die Investitionsrechnung mag sich wohl positiv darstellen; zeigt aber auch die Schwächen der Verantwortlichen in der Planung der Investitionen. Wissend um die vermutlich tieferen Steuereinnahmen, wurden die Investitionsausgaben nach unten korrigiert. Dies mag, kurzfristig betrachtet, einen positiven Effekt auf den liquiden Haushalt erwirken, kann sich jedoch bereits mittelfristig, auf jeden Fall jedoch sicher langfristig, nahezu katastrophal auswirken. Aufgeschobene oder nicht vorgenommene Investitionen reduzieren den Nutzwert eines Gegenstandes und können – in extremis – die Nutzung gar unmöglich machen. Daher darf eine positive Abweichung bei den Investitionsausgaben nur dann auch positiv ins Feld geführt werden, wenn die Ausgabe im betriebswirtschaftlichen Sinne eigentlich gar nicht nötig gewesen wäre. Alles andere ist Augenwischerei und das Verschieben eines Problems in die Zukunft.

Geradezu grotesk präsentiert sich die Soll/Ist-Abweichung bei den Investitionseinnahmen. Wie kann es sein, dass man 180 Millionen CHF auf einen Planungszeitraum von etwa 1,5 Jahren erwartet, und dann am Ende dieser Periode mit dem dreifachen Betrag hart auf dem Boden der Realität landet? Gestützt auf die Tatsache, dass das Geschäftsjahr 2011 aus der durchschnittlichen KEF-Betrachtung herausfällt, stehen wir vor ausserordentlichen Herausforderungen. Mit Sicherheit sind die Anträge der anderen Parteien absolut ungenügend, wenn es darum geht, die Zukunft des Kantons Zürich sicherzustellen. Nur eine rigorose Sparpolitik in allen Ausgabenbereichen, verbunden mit einer konsequenten, nachhaltigen und ökonomischen Personalstrategie – wie es die SVP ultimativ seit Jahren verlangt – führt uns zu den angestrebten Zielen. Es müssen die Kosten, nicht die Leistungen, gesenkt werden!

FRAKTIONSERKLÄRUNG ZUM REGIERUNGSPROGRAMM 2015–2019

Fassadenpolierer der Verwaltung haben ganze Arbeit geleistet

Claudio Zanetti
Kantonsrat SVP
Gossau

Dem Zürcher Regierungsrat ist ein Kunststück gelungen: Er hat ein Papier präsentiert, über das sich niemand aufregen kann, und wenn er sich noch so anstrengt. Stolz wird das Elaborat als «ehrgeiziges und umfassendes politisches Programm» vorgestellt. Dabei ist es bei näherer Betrachtung nicht viel mehr als der Stellenbeschrieb eines braven Prokuristen mit Ärmelschonern innerhalb der kantonalen Verwaltung. Eine graue Maus, die um keinen Preis auffallen will.

Die bürgerliche Wählerin und der bürgerliche Wähler reiben sich die Augen. Wo bleibt die Voraussicht für die nächste und übernächste Generation, die Staatmänner gemäss Churchill von Politikern, die nur an die nächsten Wahlen denken, abhebt? Wo bleibt der Wille, zu regieren und nicht nur zu verwalten? Wo bleibt der Wille, das zu tun, was nötig ist, auch wenn es dafür einen Kaktus in der «Schweizer Illustrierten» geben könnte?

In Umfragen und vor allem im Gespräch mit den Menschen da draussen wird rasch klar, wo die Leute der Schuh drückt: Es sind dies die ungeregelte Zuwanderung, die Missstände im Asyl- und Sozialwesen und das Verhältnis zur EU, zu dem sich der Regierungsrat bei früherer Gelegenheit jeweils sehr prononciert äusserte. Wo sind sie heute, die klaren programmatischen Aussagen zu diesen Themen? Man sucht sie vergeblich. Die Fassadenpolierer der Verwaltung haben ganze Arbeit geleistet.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dieses so genannte «Programm» kann jeder erfüllen. Sogar eine Regierung, die nur aus Sozialdemokraten, Grünen und Alternativen besteht, wird mit dieser Liste der Beliebigkeit kein Problem haben. Und schon jetzt steht fest, dass sich der Regierungsrat in vier Jahren erneut ein gutes Zeugnis ausstellen wird. Diesen Frühling war es eine 5. Wird es 2019 für eine 5–6 reichen?

Für uns als Parlamentarier ist klar, dass wir angesichts dieser regierungsrätlichen Arbeitsverweigerung unsere Arbeit umso entschlossener an die Hand nehmen müssen. Wir suchen nicht die Opposition, aber wir stellen fest, dass sich der Regierungsrat in Opposition zur Mehrheit dieses Rates stellt.

Wir laden alle Parteien, die sich bürgerlich nennen, dazu ein, gemeinsam mit uns endlich die dringend benötigte Kurswende einzuleiten.

POLITLUNCH DER SVP MIT CLAUDIO ZANETTI

FIFA und weiteres politisches Recht im Fokus

Am Politlunch der SVP Bezirk Andelfingen in Henggart thematisierte der Kantonsrat Claudio Zanetti die Vorfälle rund um die FIFA. Dabei machte er gefährliche Tendenzen aus, welche das Recht aushöhlen.

RoMü. Die aktuellen Ereignisse in Griechenland waren am Politlunch der SVP in Henggart auch ein Thema. «Uns geht es eigentlich noch sehr gut, wenn wir aktuell nach Griechenland blicken. Aber auch wir geben Geld aus, welches uns vielfach nicht gehört. Deshalb muss auch beim Staat die Tugend des Sparens hochgehalten werden», rief einleitend Bezirkspräsident Paul Mayer in Erinnerung. Danach übergab er das Zepter Claudio Zanetti. «Er geht den Problemen auf den Grund», hielt Ueli Schlüer bei der Vorstellung fest.

«Ich hatte hier in Henggart als Parteisekretär vor 16 Jahren meinen ersten Auftritt im Bezirk Andelfingen, als ich für die damals scharfen Plakataktionen Red und Antwort stehen musste, welche im Bezirk Andelfingen auf gewisse Vorbehalte stiess», erinnerte sich der SVP-Kantonsrat Claudio Zanetti zurück. Danach kam er aber gleich zur Sache. «Bei der FIFA geht es um mehr, als nur um das Recht», so Zanetti. Die jüngsten Korruptionsvorwürfe und insbesondere die Verhaftungen sorgten für viel Wirbel. In den letzten Jahren ist nicht zuletzt als Folge der Neuausrichtung der FIFA durch Sepp Blatter für den

Nationalratskandidat Claudio Zanetti machte deutlich, dass in der Schweiz immer der Grundsatz der Unschuldsvermutung gelten sollte.

Machtzirkel des weltumspannenden Fussballs eine Gewichtsverschiebung erfolgt. Blatter sorgte dafür, dass Asien und auch Afrika gestärkt wurden und zugleich die einstigen Kerngebiete mit Europa und Amerika eher in der Macht eingeschränkt worden sind. Ein Teil der enormen Einnahmen, welche in beachtlichen Summen auch aus den Übertragungsrechten der Fussball-WM kommen, liess Blatter insbesondere in die nationalen Verbände fliessen. Dies war für viele kleine Verbände ein Segen. Rund um die FIFA geht es deshalb immer um sehr viel Geld. Denn für ihn ist klar, dass deshalb die Korruption dem Geld folgt, weil dieses den Weg bestimmt. Gerade die Vergabe der Fussballweltmeisterschaften, welche früher im kleinen Kreis von 25 Funktionären erfolgte, ist für Zanetti das eigentliche Kernproblem. «In diesem Umfeld, wo es zusätzlich auch um sehr viel Geld geht, wird geschmiert», so Zanetti.

Recht wird nicht mehr eingehalten

Zanetti ging aber auch mit dem Bundesrat und den Strafverfolgungsbehörden mit Blick auf die inszenierte Verhaftung von FIFA-Funktionären hart ins Gericht. «Ohne jeglichen Grund hat hier einmal mehr die Schweiz für eine von den USA geforderte Rechtshilfe Hand geboten, welche keine rechtliche Grundlage hat. Es darf nicht sein, dass die USA pfeift und die Schweiz grundlos einfach rennt», so Zanetti. Für ihn ist klar, dass sich angeklagte Personen verteidigen sollen können. Mit solchen Aktionen wird aber unser Rechtssystem grundlos untergraben, was auch das Vertrauen in die Rechtssprechung schwinden lässt. Bei diesen Vorfällen wurde das Schweizer Recht mit Füssen getreten. Sauer stösst dabei Zanetti auch der Umstand auf, dass im Vorfeld auch ein enger Kreis an amerikanischen Medienleuten in die Verhaftung eingeweiht worden sind, um diese frühmorgendlich erfolgten Verhaftungen auch mediengerecht zu kommunizieren. «Auch hier gilt der Schweizer Grundsatz der Unschuldsvermutung. Gegen die Verhafteten lagen keine Verstösse gegen Schweizer Recht vor. Doch diese so angekündigten Schauprozesse sind vielfach eine Vorverurteilung, ohne dass man das rechtliche Gehör angewendet hat», monierte Zanetti. Ähnliche Tendenzen machte er aber auch mit Blick auf die EU aus. «Verträge werden nicht eingehalten, was dann auch zu verheerenden Folgen führen kann, wie das jüngste Beispiel zeigt. Bei Griechenland sind die Maastrichter Verträge nicht nur von den Griechen, sondern auch von anderen EU-Staaten wie Frankreich, Deutschland und Italien gebrochen worden. Was ist ein Staat ohne Recht? Nur noch eine Räuberbande», so Zanetti. Entsprechend dürfe es nicht sein, dass uns Drittstaaten Recht aufzwingen, welches diese selber nicht einhalten, so das Fazit von Zanetti aus dieser Entwicklung. Entsprechend sei es auch eine Aufgabe der SVP, sich gegen solche Machenschaften zur Wehr zu setzen.

Es ist aber auch die europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), welche für Zanetti ein Dorn im Auge ist. Sie wurde von der Schweiz 1964 ohne Volksentscheid ratifiziert. Heute sind es immer mehr Urteile, welche auf der EMRK beruhen, aber gleichzeitig das Schweizer Recht aushebeln.

HANS-UELI VOGT ZU GAST

Die SVP Bezirk Meilen auf dem Zürichsee

Wie jedes Jahr lud die SVP des Bezirks Meilen zur traditionellen Schifffahrt auf dem Zürichsee ein. Gut 60 Personen, unter ihnen viele spannende Gäste, folgten der Einladung und fanden sich bei herrlichem Sommerwetter am Schiffsteg Uetikon am See ein. Dort wurden sie noch vor dem Einsteigen von der «Wadin»-Schiffscrew mit einem feinen Apéro begrüsst.

Mit der SVP auf dem Zürichsee: Wolfgang Andreas Kuoni, Nicolas Gorlero, Katia Weber, Hans-Ueli Vogt , Claudio Zanetti und Marc Wachter (von links).

SVP Bezirk Meilen. Nachdem die Gesellschaft im Schiffsinnern an den geschmückten Fest-Tischen Platz genommen hatte, legte der Kapitän ab und nahm Fahrt Richtung Zürich auf. Eine erste Überraschung fand jeder Gast an seinem Platz. Die Junge SVP Zürichsee–Oberland, die mit Katia Weber (Uetikon am See), Nicolas Gorlero (Uerikon) und Marc Wachter (Zumikon) gleich mit drei Nationalratskandidaten anwesend war, schenkte allen ein feines Gebäck. Katia Weber nahm denn die Gelegenheit auch gleich wahr, sie ergriff das Mikrofon und stellte ihre Partei und deren Aktivitäten dem Publikum vor.

Noch vor dem ersten Gang des feinen Nachtessens begrüsste der neue Bezirkspräsident Christian Hurter (Uetikon am See) die Gäste. Unter ihnen Kantonsratpräsidentin Theres Weber (Uetikon am See), die Kantonsräte Hans-Peter Amrein (Forch) und Claudio Zanetti (Gossau), der auch für den Nationalrat kandidiert, sowie Nationalratskandidat Wolfram Andreas Kuoni (Herrliberg).

Nun folgte das Essen und danach übernahm der Vizepräsident des Bezirks, Tumasch Mischol (Hombrechtikon), das Mikrofon. Er begrüsste mit dem neu gewählten Bezirks-Ausschuss-Mitglied Peter Frey (Stäfa) sowie Kassier Beno Müller (Zumikon) weitere Gäste, bevor er mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt (Zürich) den Ehrengast des Abends vorstellte.

Spannendes Referat von Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt

Der sehr sympathische Uni-Professor und Jurist sprach in einem spannenden Referat über unseren Kanton, den er als Ständerat gerne in Bern vertreten würde. Er nahm auch Stellung zum ungebremsten Bevölkerungswachstum in unser Land, das unsere Infrastruktur und nicht zuletzt auch unsere Sozialwerke immer mehr belastet sowie zum angespannten Verhältnis zu Europa.

Bevor das Schiff zu später Stunde wieder in Uetikon am See anlegte, verabschiedete Christian Hurter die fröhliche Gesellschafft und richtete noch ein grosses Dankeschön an Jakob Grimm (Oetwil am See), der diese wiederum sehr gelungene Veranstaltung dank seiner grosszügigen Beteiligung erst ermöglichte.

JUNGE SVP KANTON ZÜRICH

Kantonsweiter Tax Freedom Day

Durch direkte und indirekte Zwangsabgaben fliessen 50 Prozent eines Durchschnitteinkommens in die Staatskassen. Die Junge SVP Zürich weist seit Jahren auf diesen Fakt durch den alljährlichen Tax Freedom Day am 30. Juni hin.

JSVP. Der Tax Freedom Day ist bei der Jungen SVP Kanton Zürich bereits Tradition. Seit Jahren werden am 30. Juni jeweils im ganzen Kanton mehrere tausend Flyer und Sablés verteilt. Auch dieses Jahr wurde im ganzen Kantonsgebiet auf den Tax Freedom Day hingewiesen. Anhand eines Durchschnitteinkommens wurden die direkten und indirekten Steuerabgaben einer Familie der Mittelschicht berechnet und auf einem Flyer abgebildet (siehe Bild).

Versteckte Zwangsabgaben verschwinden im Staatssumpf

Nebst der direkten Bundessteuer sind die versteckten Steuern in Form von Mehrwertsteuer, den Benzinabgaben sowie die steigenden Krankenkassenprämien berücksichtigt worden. Ebenso ist die Billag ein Teil der Zwangsabgaben, für welche der Bürger sich nicht wehren kann. Die Gegenleistungen vom Staat stehen nach wie vor in keinem Vergleich. So blutet der hart arbeitende Bürger der Mittelschicht für die Allgemeinheit nach wie vor zu stark. Wenn man ein halbes Jahr nur für den Staat arbeitet, bleibt für die Familie, für Wohlfahrt, Eigentum und Leben nicht mehr viel übrig.

Die Rechte des Bürgers müssen gestärkt werden

Auf diesen Missstand weist die Junge SVP Kanton Zürich seit Jahren hin und erlangt immer grösser werdende Beliebtheit. Alleine den Hinweis schätzen die Bürger, umso mehr gesehen wird, was dies jeweils für sie persönlich heisst. Der Bürger will je länger je mehr wissen, was mit den Abgaben, seinem Geld, passiert. Die Gegenleistungen müssen denselben Wert für jeden einzelnen Bürger haben.

Durchaus positive Rückmeldungen

Die Junge SVP Zürich kann auf aktive Sektionen zählen. So organisierten die Sektionen 7 Standorte und verteilten 4000 Sablés und Flyer. So wurden frühmorgens bei der Fähre Meilen bereits die ersten hundert Sablés von den Nationalratskandidaten der SVP, Benjamin Fischer sowie der Jungen SVP, Katia Weber und Rafael Seeh,

Verteilaktion an der Anlegestelle der Fähre mit Rafael Seeh, Katia Weber und Benjamin Fischer.

unter den Automobilisten verteilt. In Bülach traf man zur selben Zeit den Spitzenkandidaten der Jungen SVP, Pascal Theiler, am Bahnhof an. Ebenso verteilte die Sektion West/Stadt Zürich frühmorgens an den Bahnhöfen in Adliswil und Horgen und am Abend am Paradeplatz 1000 Sablés und Flyer. In Winterthur wurden an den Bahnhöfen Seen und Oberwinterthur sowie am Abend am Hauptbahnhof auch 1000 Sablés mit Flyern den Bürgern verteilt. Dass unser Anregen auf Interesse stösst, erfuhren wir durch zahlreiche Rückmeldungen der Beispielberechnung. Vielfach wissen die Bürger gar nicht, wo wir überall Zwangsabgaben haben.

Fortsetzung folgt …

Die Junge SVP Zürich schaut positiv auf den vergangenen Anlass zurück und wird bestimmt am 30. Juni 2016 wieder auf der Strasse anzutreffen sein. Und wer weiss, vielleicht werden dann auch Sie ein Sablés erhalten …

So versickert Ihr Geld im Staatssumpf:

Beispiellohn: CHF 87600 = 100 %

– Arbeitgeber-Abzüge:	CHF 12600.–
– Arbeitnehmer-Abzüge:	CHF 11900.–
– Krankenkasse:	CHF 9934.–
– Mehrwertsteuer:	CHF 1903.–
– Kantons- u. Bundessteuern	CHF 2935.–
– Radio und TV	CHF 462.–
– Auto Steuern/Abgaben:	CHF 2276.–
– Diverse Gebühren:	CHF 1790.–

Was zum Leben bleibt: CHF 43800 = 50 %

HARMONIERUNG DER VOLKSSCHULE

EDK zentralisiert über den Verfassungsauftrag hinaus

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) stellte letzte Woche in ihrer Bilanz zur Harmonisierung der obligatorischen Schule fest, dass die Volksschule noch nie so weitreichend harmonisiert war wie heute. Es stellt sich daher die Frage, weshalb man dann noch weiter vereinheitlichen soll.

Felix Müri
Nationalrat SVP
Emmenbrücke LU

Die EDK und der Bund zielen ungeachtet dieser Bilanz auf eine weitere Zentralisierung ab. Nur schon das HarmoS-Konkordat und der Lehrplan 21 gehen über den Verfassungsauftrag des Bildungsartikels hinaus. Umso mehr trifft dies auf die weiterführenden Bestrebungen zur endgültigen Nivellierung des Schweizer Schulwesens zu. Diese Gleichmacherei muss ein Ende haben. Es braucht definitiv wieder mehr Föderalismus und Vielfalt im Bildungswesen. Das EDK-Budget ist darum um 20 Prozent zu kürzen.

Mit den Angaben der Medienkonferenz kann man feststellen, dass der Verfassungsauftrag des Bildungsartikels erfüllt ist. Die Mobilität von Familien ist gewährleistet. Teilweise geht aber schon die aktuelle Vereinheitlichung der Volksschule über die Vorgaben der Bundesverfassung hinaus (beispielsweise die Integration des Kindergartens in die obligatorische Schulzeit). Die Zentralisierung und Vereinheitlichung durch das HarmoS-Konkordat und via Lehrplan 21 können ebenfalls nicht mit der Bundesverfassung begründet werden. Das Ziel der EDK-Spitze ist klar: Sie wollen immer weiter harmonisieren, bis das Schweizer Schulwesen endgültig nivelliert ist und die letzten kantonalen Unterschiede beseitigt sind. Konsequenterweise müsste die EDK nun schrittweise abgebaut werden, da der Verfassungsauftrag zur Harmonisierung der obligatorischen Schule erfüllt und daher keine weitere Harmonisierung nötig ist.

Verfassungswidrige Bundesintervention

Hinzu kommt, dass inzwischen auch der Bund diese zentralistische Politik beflügelt. Im Bereich des Sprachenunterrichts droht er mit einer an sich verfassungswidrigen Bundesintervention. Es erstaunt auch, dass die Welschschweiz, welche insbesondere im Rahmen des Föderalismus vom Minderheitenschutz profitiert, am vehementesten für eine Zwangslösung durch den Bund einsteht, gab es doch die nationale Einheit schon lange vor der Einführung des Frühfremdsprachenunterrichts, welcher zunehmend auch unter pädagogischer Kritik steht. Die Hochstilisierung der Frage der ersten Fremdsprache in der Primarschule ist somit eine rein zentralistische Massnahme, welche wenig mit Pädagogik und kultureller Einheit zu tun hat, entlarvt. So erreichen interessanterweise alle Kantone im Französisch nach der obligatorischen Schulzeit das gleiche Niveau, ungeachtet, wann dieser Unterricht begonnen hat. Dies hängt viel eher von der Qualität dieses Unterrichts ab als vom Startzeitpunkt. Zudem ist das jahrelange Bildungsdogma bei den Sprachen, «je früher, desto besser», längst wissenschaftlich widerlegt.

Zentralisierung über Tests?

Zu guter Letzt setzt die EDK in den nächsten Jahren auf eine zentrale Überprüfung und Evaluation der Grundkompetenzen in den Kantonen. Jene aber, welche eine sachliche Diskussion wünschen, müssten mindestens bis zu diesen Tests den Systemwettbewerb, d.h. unterschiedliche Vorgehensweisen der Kantone, spielen lassen, damit endlich stichhaltig gezeigt werden kann, ob sich vielleicht ein System (beispielsweise 2 Fremdsprachen in der Primarschule) gegenüber einem anderen System (beispielsweise 1 Fremdsprache in der Primarschule) profilieren kann. Die von der EDK und vom Bund angestrebte Gleichmacherei verunmöglicht diese sachliche Diskussion und die Gefahr ist real, dass allen Kantonen ein schlechtes System aufoktroyiert wird. Dieser riesige Vorteil der Vielfalt der Lösungen und des Föderalismus muss bestehen bleiben. Es braucht definitiv wieder mehr Subsidiarität und Wettbewerb im Bildungswesen.

Die Initiative «Lehrplan vors Volk» unterschreiben

Die Initiative «Lehrplan vors Volk» fordert einen Lehrplan, der vom Kantonsrat genehmigt werden muss und dem fakultativen Referendum unterstellt wird. Bei weitreichenden Änderungen, gerade wenn sie umstritten sind, jeden betreffen und die Öffentlichkeit interessieren, müssen jedoch das Volk oder seine Vertreter mitbestimmen können. Nur das entspricht der demokratischen Tradition der Schweiz und nur so erhalten Neuerungen den notwendigen Rückhalt und entsprechende Akzeptanz.

Unser Zürcher Volksschulgesetz verpflichtet unsere Schulen, sorgfältig ausgebildete junge Leute ins Leben zu entlassen, die als mündige Bürger im Berufsleben bestehen und einen Beitrag zur Gesellschaft leisten. Deshalb ist die Mitsprache der Bevölkerung unabdingbar.

Jetzt unterschreiben: www.lehrplan-vors-volk.ch

KANTONALER GEWERBEVERBAND KGV

KGV unterstützt Hans-Ueli Vogt

Der Kantonale Gewerbeverband Zürich KGV hat diese Woche beschlossen, Hans-Ueli Vogt (SVP) und Ruedi Noser (FDP) in ihrer Kandidatur für den Ständerat zu unterstützen. Ausserdem schlägt er 35 profilierte Gewerbepolitikerinnen und -politiker zur Wahl in den Nationalrat vor.

Der Kantonale Gewerbeverband Zürich KGV setzt ein Zeichen für die ungeteilte, bürgerlich-liberale Zürcher Standesstimme in Bern und schlägt den Unternehmer Ruedi Noser (FDP) und den Wirtschaftsrechtsprofessor Hans-Ueli Vogt (SVP) zur Wahl in den Ständerat vor.

Beide Kandidaten sind mit den Anliegen des Gewerbes und dem KMU-Standort Zürich vertraut. Zudem haben sie sich hinter das «9-Punkte-Programm der Zürcher Wirtschaft» gestellt. Damit treten sie für das von den Zürcher Wirtschaftsverbänden ausgearbeitete politische Programm ein und bekräftigen ihren Willen, sich in Bern für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Zürich einzusetzen.

Unternehmerpersönlichkeiten und Gewerbetreibende in den Nationalrat

Der KGV hat ebenfalls seine Nationalratsliste als Wahlempfehlung verabschiedet. Sie vereint 35 wirtschafts- und gewerbefreundliche Kandidierende aus den bürgerlichen Reihen und ist in Spitzen-, Top-, und weitere Kandidierende unterteilt.

Die SVP Kandidaten, welche vom KGV unterstützt werden:

Spitzenkandidat

Sulser Jürg	Bezirk Dielsdorf

Top-Kandidaten

Egloff Hans	Bezirk Dietikon (bisher)
Heer Alfred	Stadt Zürich (bisher)
Krebs Stefan	Bezirk Pfäffikon
Rutz Gregor	Stadt Zürich (bisher)
Schibli Ernst	Bezirk Dielsdorf (bisher)
Stahl Jürg	Bezirk Winterthur (bisher)
Trachsel Jürg	Bezirk Horgen
Walliser Bruno	Bezirk Uster

Weitere Kandidaten

Hofer Jacqueline	Bezirk Uster
Kuoni Wolfram Andrea	Bezirk Meilen
Lehmann Hans-Ulrich	Bezirk Bülach
Oswald Daniel	Stadt Winterthur
Tuena Mauro	Stadt Zürich

Fortsetzung von Seite 1

Indem die EU jetzt die Seerettung verbessert und damit die Erfolgsquote der illegalen Migration auf 100 Prozent anhebt, wird der Migrationskanal Mittelmeer an Attraktivität gewinnen.

Jäger und Sammler

Die Festung Europa gibt es nicht. In Afrika lebt über eine Milliarde Menschen. Wie viele von ihnen aus der Armut in den reichen Norden ziehen, wird sich weisen. Das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» mutmasst, dass sich in diesem Jahr die Zahl der Asylgesuche in Deutschland von 200 000 auf 500 000 verdoppelt. Interessanterweise verzichtet die Mehrheit der angeblich politisch Verfolgten auf Direktasyl in den Anrainerstaaten Spanien, Italien oder Griechenland. Sie ziehen es vor, unregistriert in wohlhabendere Gegenden wie die Schweiz, Deutschland oder Schweden zu fahren. Viele der sogenannten Flüchtlinge kommen aus dem sicheren Drittstaat Türkei.

Niemand freilich sollte den migrationswilligen Afrikanern und Arabern einen Vorwurf machen, wenn sie das Angebot der sperrangelweit offenen europäischen Südgrenze benützen. Der Mensch ist Jäger und Sammler. Er nimmt alles, was man ihm hinstellt. Heute ist es eben leichter, die beschwerliche Reise in die freigebigen Sozialstaaten Europas zu unternehmen, als unter korrupten afrikanischen oder arabischen Regierungen am Aufbau der Heimatländer mitzuwirken. Wer Asyl ruft, darf in die EU kommen. Indem die europäischen Regierungen ihre Asylgesetze nicht mehr ernst nehmen, sind sie schuld an ihrem Missbrauch.

Roger Köppel: Die Behörden unternehmen nichts gegen die illegalen Migranten.

Aarburg ist überall

Martina Bircher, Gemeinderätin von Aarburg (AG) stellte fest: Wenn Bund und Kanton von Asylwesen sprechen, vergessen sie gerne die Gemeinden. Das Asylwesen kostet die Gemeinden nichts, wird immer betont – dadurch sollen die Widerstände der Bevölkerung erstickt werden. Falsch – wie dies das Beispiel Aarburg zeigt. Das hausgemachte Asylchaos in Bundesbern kostet Gemeinden Millionen und dies über Jahrzehnte hinweg. Wie viel, weiss heute niemand, es fehlen die Zahlen, es fehlt am Problembewusstsein. Eines ist jedoch klar, die Gemeinden sitzen auf einer tickenden Zeitbombe. Die Leidtragenden sind die Steuerzahler und der Mittelstand.

In Aarburg wurde letztes Jahr ohne Wissen der Gemeinde eine dritte Asylunterkunft durch den Kanton angemietet, neben den 40 bisherigen muss die Gemeinde weitere 90 Asylbewerber beherbergen. Anstelle von aktiven Bürgern und Steuereinnahmen, entstehen der Gemeinde indirekte Kosten. Die Kinder müssen innert wenigen Tagen eingeschult werden, dabei gibt es weder finanzielle noch integrative Unterstützung. Mit einer positiven (Status B) oder vorläufigen (Status F) Aufnahme – die Anerkennungsquote liegt momentan bei 70 Prozent – erhalten Flüchtlinge eine freie Wohnungswahl. Damit beginnt die langfristige finanzielle Last für die Gemeinden und den Steuerzahler. Teilweise melden sich mehrere Flüchtlingsfamilien und Einzelpersonen pro Monat an. Damit sind Flüchtlinge bezüglich Sozialleistungen den Schweizerinnen und Schweizer gleichgestellt. Währenddessen die freiwerdenden Plätze in den Asylzentren wieder mit neuen Asylbewerbern belegt werden. Ein Teufelskreis!

Bei der Präsentation all dieser Fakten ist klar, die SVP muss in diesem Herbst gestärkt werden. Wer eine unkontrollierte Massenzuwanderung und die Schweiz überrennen lassen will, wählt im Herbst die anderen Parteien, wer die Zuwanderung selber steuern und reduzieren will, muss zwingend SVP wählen.

Fadegrad

von
Roland Scheck

Znüni und Zvieri vom Staat

Wer im linken Zürich politisiert, sieht sich tagtäglich mit linken Auswüchsen konfrontiert. Umverteilung, Bevormundung, Gewerbefeindlichkeit, Schuldenwirtschaft, Sozialmissbrauch, Verkehrsschikanen und Geldverschleuderung gehören zum Programm. Als bürgerlicher Politiker braucht es eine dicke Haut, um diese Fehlentwicklungen mitansehen zu können. Aber auch die dickste Haut nützt nichts, wenn man an der Oberfläche kratzt und hinter die Fassade des sozialistischen Apparates schaut. Dann tauchen immer wieder neue Überraschungen auf.

Im kantonalen Amtsblatt vom 20.03.2015 erschien eine Ausschreibung für eine Beschaffung der Stadt Zürich mit folgendem Inhalt: «Früchte für Grün Stadt Zürich mit Lieferung direkt zu den abgemachten Lieferorten auf dem ganzen Stadtgebiet. Die Lieferungen finden zweimal pro Woche statt. Die Früchte müssen biologisch sein und wo möglich aus der Region stammen. Zuschlag für 4 Jahre, mit Option auf Verlängerung um weitere 2 Jahre.»

Dieses Inserat wirkte sich unmittelbar auf die Herzschlagfrequenz des Schreibenden aus. Weshalb beschafft die Stadt Zürich Früchte? Inwiefern ist der Einkauf von Früchten eine Staatsaufgabe? Weiss der Steuerzahler davon und ist er damit einverstanden?

Nein, der Steuerzahler weiss nichts davon. Er weiss nicht, dass die Stadt Zürich für sage und schreibe 100 000 Franken pro Jahr Früchte einkauft, um die Mitarbeitenden von Grün Stadt Zürich biologisch zwischenzuverpflegen. Die Staatsgärtner erhalten Znüni und Zvieri vom Staat.

Wie immer, wenn der linke Stadtrat von der SVP bei einer Schlaumeierei erwischt wird, flüchtet sich dieser in abenteuerliche Erklärungen. Laut Stadtrat sei der Früchteeinkauf eine Massnahme als Bestandteil des betrieblichen Gesundheitsmanagements und komme durch anstrengende körperliche Arbeit geforderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Aussenstellen zugute.

Also Schluss mit dem Faustbrot von zuhause, jetzt gibt's Vitamine vom Staat. Waldfest ade, Bio ahoi. Bitte nicht lachen, denn die stadträtliche Erklärungsposse geht noch weiter. Zitat: «Durch ein aktiv betriebenes Gesundheitsmanagement können Kosten (durch Verringerung von Absenzen) gespart werden, und es kann dazu beitragen, Grün Stadt Zürich als Arbeitgeberin attraktiv zu halten, was die Rekrutierung neuer Mitarbeitender erleichtert.»

Jetzt darf gelacht werden. Früchteschalen als Massnahme gegen Absenzen und Rekrutierungsprobleme! Das glaubt wohl nicht einmal der Stadtrat selbst. Aber der Bevölkerung kann man diesen Bären ja aufbinden. Sie wurde ungefragt zum Sponsor von Znüni und Zvieri für Staatsangestellte gemacht und wird jetzt zum Dank auch noch für dumm verkauft.

Von einem Stadtrat übrigens, der sich für seine Sitzungen Marken-Sandwiches liefern lässt. Ebenfalls auf Steuerzahlers Kosten.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Unselige Frauenförderung

In der Ratssitzung vom vergangenen Mittwoch ging es wieder einmal um die Förderung sogenannt benachteiligter Frauen. Grund war eine Motion von zwei Damen aus SP und GLP (GR Nr. 2015/40). Die Motionärinnen beauftragten den Stadtrat, für eine Erhöhung der Frauenanteile im mittleren und oberen Kader der Stadtverwaltung zu sorgen.

Daniel Regli
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Die Motion fordert eine Zielvorgabe von mindestens 35 Prozent Frauen und Männern in Kaderstellen der Zürcher Verwaltung. Glücklicherweise wird keine starre Geschlechterquote verlangt. Bei einer «Zielvorgabe» hat der Stadtrat Handlungsspielraum für eine angepasste Umsetzung. Es wird also nicht zwingend 35 Prozent Kader-Frauen bei der Abteilung Geleisebau VBZ und auch nicht 35 Prozent Männeranteil in den Kindergärten der Stadt Zürich geben.

Kulturwandel anstreben

Natürlich haben die Motionärinnen beim rot-grünen Stadtrat offene Türen eingerannt. Die Stadtregierung liess in ihrer Stellungnahme zur Motion verlauten, dass der Frauenanteil zwar schon markant erhöht worden sei. Durch die Arbeit mit dem Gleichstellungsplan 2009–2013 sei eine gerechtere Vertretung der Geschlechter in der Zürcher Verwaltung erreicht worden. Die Stadtpräsidentin wies in der Debatte stolz darauf hin, dass der Frauenanteil in Kaderstellen ihres Departements bereits über 40 Prozent liege. Conditio humana!

Grundsätzlich aber stimmt der Stadtrat ins Klagelied der Motionärinnen ein. Nach wie vor seien Kader-Frauen deutlich unterrepräsentiert in der Zürcher Verwaltung. Eine ausgewogene Besetzung sei noch nicht gelungen. Es müsse ein breiter Kulturwandel einsetzen, um den Zielwert von 35 Prozent in der ganzen Stadtverwaltung zu erreichen.

Selektion von Gottes Gnaden

Die SVP votierte in der Ratsdebatte heftig gegen eine überzeichnete Frauenförderung. Eine solche sei schädlich für die Stadt Zürich. Zum einen erzeuge sie hohe Kosten (Massnahmen, Controlling, Evaluationen und Berichte). Zum andern führe sie dazu, dass aus ideologischen Gründen bisweilen nicht die beste Person für eine Stelle ausgewählt werde. Man nehme Qualitätseinbussen hin, nur um eine Person des gewünschten Geschlechts auf den Posten zu hieven.

Gegen den Vorwurf der ideologischen Willkür bei Anstellungsverfahren hat sich der Stadtrat schon im Vorfeld der Debatte verwahrt. In der Weisung GR Nr. 2015/40 heisst es, dass die Auswahl einer Person gemäss Zielvorgabe erst zum Tragen komme, wenn «aufgrund einer objektiven Beurteilung die gleichwertige Qualifikation» der Stellenbewerber/-innen feststeht. Wie Herrscher zu allen Zeiten, so beanspruchen also auch Zürcher Stadträte und HR-Verantwortliche die Fähigkeit, unfehlbare Entscheidungen zu treffen. Natürlich berufen sie sich nicht auf den Herrgott, sondern auf die «Objektivität».

Weiterer Abbau von Führungsqualität

Objektivität! Das ist natürlich Humbug. Jedes Anstellungsverfahren wird von einer subjektiven Person geführt. Dossiers zu begutachten und zu selektionieren, Bewerbungsgespräche zu führen und Anstellungsentscheide zu treffen, all dies sind sehr persönliche Tätigkeiten. Nie wird es Bewerber/-innen geben, die bzgl. Ausbildung, beruflichen Fähigkeiten und Sozialkompetenz genau gleich sind. Das macht es den Ideologen in der Stadtverwaltung leicht, unbeliebte Kandidaten/-innen aus dem Rennen zu kippen und Personen der eigenen Couleur zu favorisieren. Der Trend, in Zürich identitäts- und führungsschwache Frauen in Kaderstellen zu platzieren, wird also zunehmen. Unter dem Mantel der Objektivität lässt sich der ideologische Staatsumbau mainstreamgestützt (Linke, GLP, CVP und vor allem FDP) weiter vorantreiben.

Die Motionärinnen haben in ihrem Vorstoss auch bereits angetönt, welches die nächsten Schritte sein werden. Baldmöglichst soll die Vielfalt der Geschlechtsidentitäten bei der Besetzung der Kaderstellen in der Stadtverwaltung zum Tragen kommen. Dann soll es Zielvorgaben für die LGBTI-Klasse geben (Lesbo, Gay, Bi-, Trans- und Intersexuelle). Da die sexuelle Identität gemäss Gender-Ideologie fliessend ist, wird dann der Abteilungsleiter in naher Zukunft am Morgen als Mann, am Nachmittag als Frau im Büro einfahren und seine/ihre hochkompetente Führungsfunktion wahrnehmen. Gnade dir, Zürich!

LESERBRIEF

Vergleich EU/Griechenland versus EU/Schweiz

Im Prinzip lässt mich das Triumphgeschrei der Linken zum überraschenden Erfolg der Helenen kalt. Ich bin aber über diesen epochalen griechischen Sieg über die Tyrannei der «Vereinigten Bürokraten von Europa», die ihm seine «menschenverachtenden» Bedingungen aufzwingen wollten, ebenfalls hoch erfreut. Griechenland hat, als Wiege der Demokratie, für die Schweiz und alle andern demokratischen Staaten Europas eine Lanze gebrochen. Alexis Tsipras und sein Team sind gewiefte Taktiker und wissen ganz genau, dass sie am längeren Hebel sitzen. Die EU kann sich weder einen «Grexit» noch den Bankrott eines Mitgliedlandes leisten. Es werden dazu aber ein schmerzhafter Schuldenschnitt und neue Investitionskredite nötig sein. Portugal, Spanien und Italien werden jedes Entgegenkommen mit Argusaugen beobachten. Ein Dominoeffekt bei allzu pfleglichem Umgang mit den Griechen ist höchst wahrscheinlich.

Die EU-Südländer würden sofort mit eigenen Nachlassforderungen aufkreuzen. Die Slowakei, Tschechien und die baltischen Staaten, alle mit einem tieferen Lohnniveau als Griechenland, werden sich fragen, warum sie diese Misswirtschaft zulasten ihrer eigenen, nicht auf Rosen gebetteten Bürger mitfinanzieren müssen. Der französische Präsident wird von Merkel überall hin mitgeschleppt, obwohl er wohl eher eine Belastung darstellt und sein Land selbst vor der Zahlungsunfähigkeit steht.

Was passiert, wenn die französischen Banken in Griechenland einen Totalabschreiber vornehmen müssen? Stehen wir dann vor dem Zusammenbruch nicht nur der Eurozone, sondern der ganzen diktatorischen Fehlgeburt genannt EU? Wie willkommen wäre da dieses kleine «geostrategische Unding» im Herzen Eu-ropas! Mit einem «schleichenden Zwangsbeitritt» könnte man doch diesen widerspenstigen Eidgenossen mal so einen richtigen «Haircut» verpassen!

Zur Ehrenrettung Griechenlands sei noch erwähnt, dass die verfahrene Situation gänzlich auf die dilettantische Handhabung der Zinssätze und die leichtsinnige Begebung von Anleihen durch die Europäische Union und ihrer Banken zurückzuführen ist. Ich habe einmal das Beispiel eines Kleinkindes erwähnt, dem man eine grosse Schachtel mit Süssigkeiten hinstellt. Es wird alle auf einmal aufessen und sofort nach mehr verlangen. Die Verantwortung dafür tragen die Erwachsenen.

Bleibt die Frage, was und wie die Schweiz von der Verhandlungstaktik der Griechen lernen kann. Ist der Bundesrat überhaupt lernfähig oder fühlt er sich durch die Drohungen und schroffen Absagen der EU noch mehr eingeschüchtert? Der Bundesrat zerbricht sich wegen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative den Kopf, weil diese mit der Personenfreizügigkeit der EU unvereinbar sei. Ja, ist denn das Vorgehen der EU mit der wirtschaftlichen Situation Griechenlands vereinbar? Ist ein Partner, der mehrfach seine eigenen Gesetze und Grundsätze vorsätzlich und opportunistisch gebrochen hat (Maastricht und Lissabon) überhaupt noch vertrauenswürdig? Die Schweiz ist nicht Griechenland! Wenn das wirtschaftlich schwache Griechenland die undemokratische EU erfolgreich in einen Entscheidungsnotstand bringen und ihr Konzessionen abringen kann, sollte es doch der wirtschaftlich viel stärkeren Schweiz gelingen, die EU zu Konzessionen zu «zwingen». Die Schweiz kann der EU unter den gegebenen Vorzeichen nicht gleichgültig sein. Aber unser Problem ist nicht die EU, sondern unser anpasserischer, schwächlicher, ratloser und verzagter Bundesrat, der dies der der EU auch bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit vor Augen führt.

Robert Nieth, Walchwil

LESERBRIEF

Von der Verwaltung diktiertes Regierungsprogramm

«Regieret jemand, so sei er sorgfältig» (Römer 12,8). Das schwache, sozialdemokratisch gefärbte Regierungsprogramm 2015–2019 des Zürcher Regierungsrates entspricht einem von der Verwaltung diktierten – und die Verwaltung weiter aufblähenden – Katalog von kostentreibenden Einzelmassnahmen. Von einer Reduktion der im Standortvergleich hohen Steuerbelastung ist nicht die Rede. Nein – grösste Sorge der Zürcher Regierung scheint es zu sein, wie der gesetzlich vorgegebene, mittelfristige Ausgleich in der Staatsrechnung über acht Jahre erreicht werden kann. Der Regierungsrat rechnet lediglich mit rund 15 000 Zuwandernden pro Jahr, was aufgrund der derzeitigen Zuwanderungsraten leider als untertriebenes Wunschdenken betrachtet werden muss.

Die Bürokratie regiert, dies zeigen auch einige besonders auffällig schwammige Ziele und nicht unbedingt bürgerlichem Gedankengut entsprechende, geplante Einzelmassnahmen aus dem Regierungskatalog. Ziel Nr. 2.2.: «Der herausragende Hochschulstandort ist weiterentwickelt»; Ziel 4.2: «Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist optimiert»; Ziel 7.2.: «Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert». Das Programm beinhaltet auch die Einführung des Lehrplanes 21 (trotz kurz vor dem Zustandekommen stehendem Volksbegehren gegen dieses unangebrachte Harmonisierungsprojekt), Einführung, Förderung und Evaluation neuer Modelle von Tagesschulen und des integrativen Unterrichts.

Geplante Massnahmen im Kapitel Verkehr führen zur weiteren Marginalisierung des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) gegenüber dem Öffentlichen Verkehr (ÖV). Ein Wille, neben dem ÖV für den grössten Verkehrsträger, den MIV, gezielt die Strasseninfrastruktur im Kanton auszubauen, ist nicht auszumachen. Generell soll auf besonders hohe Anteile des öffentlichen Verkehrs und des Fuss- und Veloverkehrs in städtischen Wachstumsräumen hingewirkt werden. Aktivisten aus dem Amt für Verkehr (der Volkswirtschaftsdirektion unterstellt) haben dem Regierungsprogramm mit der Forderung nach zeitgerechter Umsetzung von Agglomerationsprogrammen der Generationen 1 und 2, der Festlegung eines kantonalen Velonetzplanes als planerische Grundlage in den regionalen Richtplänen und mit der geplanten Propagierung «prioritärer Massnahmen im Bereich Fussverkehr als A-Massnahmen» im Rahmen des beim Bund einzureichenden Agglomerationsprogrammes 3, dem Regierungsprogramm ihren eigenen (linken) Stempel aufgedrückt.

Der Verbürokratisierung einer fehlgeleiteten und subventionsgetriebenen Energiepolitik wird weiter Vorschub geleistet: als erste und wichtigste Massnahme wird propagiert, «ortsspezifische Dichten zu entwickeln, Akzeptanz dafür zu schaffen und die Innenentwicklung in den Gemeinden voranzubringen» (damit wird auch dem Beamten-Deutsch sicher zur Genüge Rechnung getragen). Die Festsetzung von (weiteren) Massnahmenplänen zur Verminderung der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel fehlt genauso nicht im Regierungsprogramm der Bürokraten, wie die Einführung von Mustervorschriften im Energiebereich (MuKEn 14), welche dem Kantonsrat mittels Änderung des Energiegesetzes unterbreitet werden sollen. Die Positionierung der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich als interkantonale Regionalkonferenz soll gestärkt werden. Ein Innovationspark auf dem Areal des Flughafens Dübendorf soll nach Meinung der Regierung einen besseren Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft ermöglichen.

Fazit: Die Mehrheit dieser Regierungsziele und -massnahmen setzt eine weitere, massive Aufstockung des Staatspersonals voraus. Dazu genügt die gemäss Konsolidiertem Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2015–2018 ab dem Jahr 2016 bis ins Jahr 2018 geplante Aufstockung beim Personal um rund 1020 Vollzeitstellen nicht. Daher ist davon auszugehen, dass die Regierung dem Kantonsrat im Rahmen der Budgets der Planjahre 2015–2019 Mittel für Personalaufstockungen von gesamthaft über 2000 Stellen beantragen wird. Dem darf nicht entsprochen werden!

Hans-Peter Amrein, Kantonsrat, Küsnacht

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Sicher
Sauber
Trocken
www.kleinlagerraeume.ch
Fr. 10.– / m² / Monat

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Öffentliche Veranstaltung der SVP Zürich Kreis 7+8:

1.-August-Feier mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt

Samstag, 1.8.2015

Eintreffen der Gäste: ab 13:00 Uhr
Veranstaltungsbeginn: 13:30 Uhr

Ort: In der Waldlichtung bei der Wirtschaft Degenried, Degenriedstr. 135, 8032 Zürich (Nähe «Dolder Grand»). Parkplätze vorhanden. Bei schlechtem Wetter im Restaurant.

Vor der Veranstaltung haben Sie die Möglichkeit, von 10:00-13:00 Uhr einen tollen Brunch in der Wirtschaft Degenried zu geniessen. Infos & Reservationen direkt bei der Wirtschaft Degenried: Tel. 044 381 51 80

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!
Der Vorstand
SVP Zürich Kreis 7+8

KLEININSERATE

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

Kaufe alle Autos, Busse, Lieferwagen etc. Gute Barzahlung, gratis Abholung. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

WWW.IMMOFUX.CH, BERATUNG I BEWERTUNG I **VERKAUF VON IMMOBILIEN**
HANS TIEFENAUER, 8310 GRAFSTAL – TEL. 052 346 01 05 – MOBILE 079 672 81 13

Zu vermieten: Sonnige Ferienwohnung in Andeer, neu einger., nähe Bad u. Postauto, ruhig Lage, günstig, Tel. 079 229 71 02.

IHR KLEININSERAT

Zürcher Bauer **Der Zürcher Bote**

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/kleininserate

Preise	ZÜRCHER BAUER	ZÜRCHER BOTE
Kleininserat, 2 Zeilen (112 x 10 mm = 4 Spalten x 10 mm)	Fr. 22.–	Fr. 38.–
Kleininserat, 3 Zeilen (112 x 15 mm = 4 Spalten x 15 mm)	Fr. 33.–	Fr. 57.–
Kleininserat, 4 Zeilen (112 x 20 mm = 4 Spalten x 20 mm)	Fr. 44.–	Fr. 76.–

Keine Layoutanforderung möglich, wird korrekturgelesen.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11

LESERBRIEF

Angst um die Bergruh über dem Walensee

«Tages-Anzeiger» vom 4. Juli 2105
Unsere oberste Hüterin und Verwalterin des Asylchaos ist Frau Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga, Freiämterin und in einem katholischen Haushalt aufgewachsen. Asylchaos deshalb, weil unser Land statt echter Flüchtlinge massenhaft illegale Migranten und damit neue zukünftige Soziallasten – insbesondere aus dem befriedeten Eritrea – aufnimmt. Dies hat mit humanitärer Tradition nichts zu tun, im Gegenteil es ist im höchsten Mass rechtswidrig. Das Flüchtlingsthema ist in unserem Land schon längst zum Migrationsthema mutiert.

Auch ich bin Freiämter und in einer katholischen Familie aufgewachsen und müsste mich mit einer solchen «Nachbarin», die eine derart ideologisierte und kolossal teure Asylpolitik aufzieht, schämen. Wäre da nicht die andere Freiämter Ortschaft: Bettwil zwischen unseren ehemaligen Wohngemeinden liegend. Bettwil hat sich energisch und letztlich erfolgreich gegen die Aufnahme von sogenannten Flüchtlingen gewehrt. Ich ermuntere daher die Bevölkerung in Amden, Widerstand gegen das geplante Asylzentrum zu leisten. Mit Fremdenfeindlichkeit hat das nichts zu tun. Das Moralisieren und Dramatisieren der Protagonisten in der Flüchtlingsverantwortung hat viel mit Selbstverwirklichung zu Lasten der Einwohner und auf Kosten der Steuerzahler zu tun. Dramatisch für unser Land ist vielmehr, dass das Flüchtlings- oder eben Migrationsthema in den Händen einer ehemaligen Pianistin liegt, die in ihrer Ideologie tatkräftig durch die höchsten Migrationsbeamten, die ursprünglich von der Caritas kommen, unterstützt wird.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

Zürich ist eine der wichtigsten europäischen Wirtschaftsmetropolen – für sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze brauchen wir attraktive Rahmenbedingungen.
Zürich ist auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Dafür wird sich Hans-Ueli Vogt als Ständerat einsetzen.
Auch hier ist Hans-Ueli Vogt zu Hause.
Die Schweizer Natur verleiht ihm Kraft und Inspiration.

Hans-Ueli Vogt – urban und naturverbunden

Hans-Ueli Vogt ist ein Zürcher durch und durch. In Illnau-Effretikon aufgewachsen, in Wetzikon die Kantonsschule besucht und in Dübendorf 72 Wochen Militärdienst geleistet. Seit vielen Jahren wohnt und arbeitet er in der Stadt Zürich. Er liebt das Leben in der Stadt, die Vielfältigkeit des kulturellen Angebots, die Internationalität und das hervorragende öffentliche Verkehrsnetz.

Genauso liebt Hans-Ueli Vogt auch die Natur, die Felder, Wälder und Seen sowie die Berge, die der Kanton Zürich und die Schweiz zu bieten haben. Wenn immer es ihm die Zeit ermöglicht, erholt sich Hans-Ueli Vogt in unserer einzigartigen Zürcher Naturlandschaft.

Genau das sind die Eigenschaften, die ein guter Ständerat braucht, um für den Kanton Zürich in Bern das Beste herauszuholen. Warum?

– Hans-Ueli Vogt weiss, wie die Menschen in der Stadt leben, und er kennt die Probleme und Sorgen der städtischen Bevölkerung. Er weiss, dass die Städte in Bern gerne vergessen oder hintenangestellt werden.

– Hans-Ueli Vogt kennt aber auch die Landschaft und die Agglomerationen um Zürich und Winterthur. Er kennt die Verkehrsprobleme in den Agglomerationen. Und er weiss, was unsere Bauern brauchen, damit sie frei von unnötigen Auflagen ihren Betrieb führen können.

Hans-Ueli Vogt

- Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Zürich seit 2003
- Kantonsrat seit 2011
- Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Kantonsrates
- Tätigkeit als Rechtsanwalt in Zürich und New York
- Forschungsaufenthalte / Gastprofessuren in Florenz, Harvard, Peking und London
- Studium der Rechtswissenschaft in Zürich und New York, Weiterbildung in Betriebswirtschaft (MBA) in St. Gallen (HSG)
- Aufgewachsen im Zürcher Oberland, lebt in der Stadt Zürich
- Jahrgang 1969

Mit anderen Worten: Hans-Ueli Vogt kennt Stadt und Land zugleich. Er wird sowohl die Anliegen der Städte und der Agglomerationen als auch die der Landschaft erfolgreich in den Ständerat einbringen. Und genau darum ist Hans-Ueli Vogt die richtige Wahl für den Ständerat.

Am 18. Oktober 2015: Hans-Ueli Vogt in den Ständerat

Hans-Ueli Vogt in den Ständerat

Ein brillanter Kopf für Zürich.

hansuelivogt.ch

Schweizer Qualität SVP Die Partei des Mittelstandes

Schweizer Qualität SVP Die Partei des Mittelstandes

4. Sommernachts-Apéro

Politische Gespräche zum Feierabend, mit dem Präsidenten der SVP Kreispartei Zürich 9, Lorenz Habicher. «Bericht aus Bern» von Ernst Schibli, Nationalrat SVP, Otelfingen.

Freitag, 17. Juli 2015, 19 Uhr, Spirgarten, Lindenplatz 5, Zürich

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

1.-AUGUST-FEIERN MIT SVP-REDNER/-INNEN

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 1. August 2015, ab 17.00 Uhr, vor der Sporthalle Heuel, Rümlang, 1.-August-Feier, Apéro um 17.30 Uhr. 18.30 Uhr: Festansprache von Nationalrat **Toni Brunner**. 21.30 Uhr: Fackelzug der Kinder, 1.-Augustfeuer.

Bezirk Pfäffikon / Bauma
Samstag, 1. August 2015, ab 9.00 Uhr, Schulanlage Altlandenberg, Bauma, 1.-August-Feier mit Nationalrat **Toni Brunner**, Familienprogramm.

Bezirk Dielsdorf / Steinmaur
Samstag, 1. August 2015, ab 18.30 Uhr, beim Schützenhaus auf der Egg, Steinmaur, Bundesfeier. 20.00 Uhr: Festansprache von Regierungsrat **Markus Kägi**. Musikalische Umrandung durch die Appenzeller Strichmusig Neff. Grilladen und Kuchenbuffet von der Männerriege Steinmaur.

Bezirk Bülach / Oberembrach
Samstag, 1. August 2015, ab 11.30 Uhr, im Schulhaus Zweigärten, Oberembrach, Bundesfeier, Einstimmung mit den Schwyzerörgeli Fründe Rüti. 12.45 Uhr: Begrüssung durch Gemeindepräsident Bernhard Haas. 13.00 Uhr: Festansprache von Nationalratskandidat **Roger Köppel**. Anschliessend Landeshymne, Alphorn und Fahnenschwinger, Konzert der Stoffelmusikanten Hittnau.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Samstag, 1. August 2015, ab 17.30 Uhr, Feuerwehrgebäude, Nassenwilerstrasse 2, Dielsdorf, 1.-August-Feier mit Musik. 19.00 Uhr: Festansprache von Nationalratskandidat **Roger Köppel**. 21.30 Uhr: Fackelzug zum Höhenfeuer.

Bezirk Meilen / Erlenbach
Samstag, 1. August 2015, ab 16.00 Uhr, Festzelt bei der Schifflände, Erlenbach, 1.-August-Feier mit Musik. 21.00 Uhr: Festansprache von Nationalratskandidat **Roger Köppel**.

Bezirk Andelfingen / Feuerthalen
Samstag, 1. August 2015, 9.00 Uhr, im Zentrum Spilbrett, Feuerthalen, Bundeszmorge, 1.-August-Rede von Nationalratskandidat **Konrad Langhart**.

Bezirk Pfäffikon / Wila
Samstag, 1. August 2015, 11.00 Uhr, Püntstrasse 1, Wila, 1. Augustfeier mit Nationalrat **Thomas Matter**, Festwirtschaft, Musikalische Unterhaltung.

Bezirk Meilen / Herrliberg
Samstag, 1. August 2015, 20.30 Uhr, auf dem traditionellen Festplatz an der Aussichtsstrasse, Herrliberg, Bundesfeier der Gemeinde Herrliberg, 1.-Augustansprache von Nationalrätin **Natalie Rickli**.

Bezirk Uster / Egg
Samstag, 1. August 2015, 11.30 Uhr, auf dem Hof der Familie Pfister, Lurweid 4, Esslingen, Bundesfeier der Gemeinde Egg, 1.-Augustansprache von Nationalrätin **Natalie Rickli**.

Bezirk Dielsdorf / Stadel
Samstag, 1. August 2015, 21.00 Uhr, Neuwis-Hus, Hinterdorfstrasse 55, Stadel, Festrede von Nationalrat **Gregor Rutz**. 22.00 Uhr: Grosses Feuerwerk.

Bezirk Hinwil / Grüningen
Samstag, 1. August 2015, ab 18.00 Uhr, Halle Schmid Kran AG, Platten-Strasse/Hombrechtiker-Strasse, Grüningen, 1.-August-Feier, Festwirtschaft. 20.00 Uhr: Begrüssung und musikalischer Auftakt mit dem Musikverein Grüningen. 20.15 Uhr: Festansprache durch Nationalratskandidat **Martin Suter**. Wenige Parkplätze vorhanden.

Bezirk Winterthur / Dinhard
Samstag, 1. August 2015, ab 19.00 Uhr, beim Markwalderschürli, Dinhard, 1.-August-Feier, Festwirtschaft und turnerische Darbietungen. 20.00 Uhr: Festansprache von Kantonsrat **Peter Uhlmann**.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Samstag, 1. August 2015, 18.00 Uhr, Eggbühl, Neschwil, 1.-Augustrede von Ständeratskandidat **Hans-Ueli Vogt**, Festwirtschaft mit Tellschuss-Bar. Höhenfeuer und Feuerwerk.

Stadt Zürich
Samstag, 1. August 2015, ab 20.00 Uhr, auf dem Uetliberg, 1.-August-Feier mit Ständeratskandidat **Hans-Ueli Vogt**. Feuerwerk um 22.30 Uhr.

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8
Samstag, 1. August 2015, ab 13.00 Uhr, in der Waldlichtung bei der Wirtschaft Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, bei schlechtem Wetter im Restaurant, 1.-August-Feier mit Ständeratskandidat **Hans-Ueli Vogt**. (Brunch von 10 bis 13 Uhr in der Wirtschaft Degenried, Infos & Reservationen: 044 381 51 80).

Bezirk Meilen / Oetwil am See
Samstag, 1. August 2015, ab 18.00 Uhr, beim FC Hüttli, Oetwil am See, Bundesfeier, Festwirtschaft mit Grill. Ab 19.00 Uhr: Musikalische Unterhaltung mit dem «Pfannenstielgruess», Glockengeläute. 20.00 Uhr: Begrüssung durch Hansjörg Riva, VVOe Präsident, Festansprache von Nationalratskandidat **Bruno Walliser**, gemeinsames Singen der Landeshymne.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 17. August 2015, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Meilen
Jeden zweiten Samstag (gerade Kalenderwochen), ab 10.30 Uhr, Restaurant Frieden, Rauchgässli 34, Meilen.

Bezirk Uster / Uster
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Puurehuus, Fehraltorferstrasse 8, Wermatswil.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 9.00 Uhr, Schützenhaus Albisgüetli, Uetlibergstrasse 341, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Wettswil am Albis
Mittwoch, 30. September 2015, 20.00 Uhr, Singsaal Schulhaus Mettlen, Wettswil, Podiumsveranstaltung mit Nationalrat Gregor Rutz und Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt (SVP).

Bezirk Andelfingen
Donnerstag, 23. Juli 2015, Apéro ab 18.00 Uhr, in der Weinloge am Klosterplatz, Rheinau, SVP-Sommerplausch, Führung durch das Kloster und die Musikinsel Rheinau. 20.00 Uhr: Gemütlicher Hock im Gasthaus zum Salmen mit Verpflegungsmöglichkeit.

Bezirk Bülach / Dietlikon
Samstag, 22. August 2015, 10.00–18.00 Uhr, Im Zentrum, Dietlikon, Dorfmarkt mit SVP-Stand. Anwesend ist von 10.00–11.30 Uhr u. a. NR Hans Fehr.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Donnerstag, 27. August 2015, 19.30 Uhr, Reformiertes Kirchengemeindehaus, Untere Heslibachstrasse 5, Küsnacht, Nationalratskandidat Roger Köppel zum Thema «Erfolgsmodell Schweiz in Gefahr».

Stadt Zürich / Kreis 9
Freitag, 10. Juli 2015, 19.30 Uhr (Apéro ab 19.00 Uhr), Hotel Mercure Stoller, Badenerstrasse 457, Zürich, Generalversammlung mit Gastreferat von Prof. Dr. Hans-Ueli Vogt, Kantonsrat SVP, Ständeratskandidat (ca. 20.30 Uhr).

Freitag, 17. Juli 2015, ab 19.00 Uhr, Terrasse beim Parkdeck, Spirgarten, Lindenplatz 5, Zürich, 4. Sommernachts-Apéro mit a. Kantonsrat Lorenz Habicher. «Bericht aus Bern» von Nationalrat Ernst Schibli.

Freitag, 28. August 2015 bis Sonntag, 30. August 2015, Albisrieden, Zürich, «Chreis Nüün Fäscht», SVP-Kreispartei Zürich 9 mit einem Stand «Tell's Apfelschuss».

SVP-FRAUEN

Donnerstag, 17. September 2015, 19.30 Uhr, Rest. Mercure Stoller, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 2. November 2015, 19.30 Uhr, im Hotel Olympia, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 27. November 2015, Adventsessen (weitere Angaben folgen).

Montag, 25. Januar 2016, 19.00 Uhr, im Hotel Olympia, Zürich, Generalversammlung.

Literaturclub
Mittwoch, 5. August 2015, 19.00 Uhr. Aktuelles Buch: Walliser Totentanz von Werner Ryser. Anmeldung bis spätestens 22. Juli 2015 unter www.svp-literaturclub.ch oder info@svp-literaturclub.ch

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 23. Juli 2015, 19.00 Uhr, Café Letten, Nordstrasse 205, Zürich, Buchvernissage von Martin Bürlimann, SVP-Gemeinderat der Stadt Zürich.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296–3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 63.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: bauernverband@zbv.ch. Ferdi Hodel (FH). Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, E-Mail: bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: zb@svp-zuerich.ch. Reinhard Wegelin (rw.), Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, info@stutz-druck.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz, Tramstrasse 11, 8708 Männedorf, Telefon 044 924 20 70, info@kretzgmbh.ch. **Inseratenschluss:** Dienstag, 17.00 Uhr. **Druck:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 13. September 2015, **4. Ausfahrt.** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 4. Oktober 2015, **5. Ausfahrt.** Nähere Angaben folgen.

Englandtour
Mittwoch, 12. August 2015 bis Sonntag, 23. August 2015, Cornwall, Süd-England. Nähere Angaben folgen.

Schlussfest
Freitag, 16. Oktober 2015, Schützenstube Meilen, bei Katharina und Ernst, Schützenhausstrasse 31, Meilen.

Sommerreise
Donnerstag, 9. Juli 2015 bis Sonntag, 12. Juli 2015. Nähere Angaben folgen.

Stämme
Dienstag, 28. Juli 2015, 19.00 Uhr, Zum goldenen Winkel, Obergasse 13, Bülach, **4. Stamm**.

Donnerstag, 3. September 2015, 19.00 Uhr, Landgasthof Halbinsel Au, **5. Stamm.**

Dienstag, 22. September 2015, 19.00 Uhr, Restaurant Wiesental, Schaffhauserstrasse 146, Seuzach, **6. Stamm.**

VERANSTALTUNGEN MIT STÄNDERATSKANDIDAT HANS-UELI VOGT

Bezirk Dielsdorf / Schöfflisdorf-Oberweningen-Schleinikon
Mittwoch, 2. September 2015, 20.00 Uhr, Gemeindesaal in Schleinikon, Vorträge von Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt und Nationalratskandidat Roger Köppel.

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Freitag, 11. September 2015, ab 18.30 Uhr, im Schützenhaus Russikon, Russiker Herbst-Party mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Kantonales SVP-Schiessen 2015

11. bis 13. September 2015
in Regensdorf/Watt

Jetzt anmelden:
www.svp-zuerich.ch/svp-schiessen